Nr. 273 / Einzelpreis 10 Pfennig

Halle (Saale), Dienstag, den 23. November 1926

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen. Illustr. Beilagen, „Kinderfreund" sowie „Volk u. Zeit". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung Harz 42/44. Hofgebäude 2 Treppen, Fernsprech-Anschluß 24667 Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt od. v. Postboten zugestellt 2,40 Mk.; bei direkter Einsendung an den Verlag 2,30 Mk. Anzeigenpreis 12 Pfg im Anzeigen- und 60 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle Harz 42/44. Fernruf 24605. — Zweigstelle Gr. Ulrichstraße 27 — Postscheckkonto 20319 Erfurt

Amtliche Reichsputschorgane gegen die deutsche Republik.

Dinge, von denen der Reichswehrminister nichts wissen will. / Der Jungdeutsche Orden gegen Geßler.

Illegale Reichswehrkreisbehörden

Amtliche Putschorganisationen gegen die Republik.

Der Reichswehrminister hat nach den Landsberger Prozessen im Reichstag eine Rede über die Beziehungen der Reichswehr zu illegalen Organisationsversuchen gehalten, aus der man den Schluß ziehen mußte, daß seit dem Jahre 1923 das System illegaler Reichswehrorganisationen vollständig abgebaut und Beziehungen der Reichswehr zu den sogenannten Wehrverbänden abgebrochen worden wären.

In den letzten Tagen sind nun eine Reihe von Tatsachen veröffentlicht worden, die eine solche Auffassung auf das entschiedenste widerlegen und die Reichswehr schwer belasten. Am meisten Aufsehen machen unter diesen Veröffentlichungen gewisse Stellen aus der Denkschrift des Herrn Mahraun, des Hochmeisters des Jungdeutschen Ordens, die Herrn Geßler im März d. J. eingereicht worden ist.

Aus dieser Denkschrift geht einwandfrei hervor, daß im Jahre 1923 die illegalen Reichswehrorganisationen unter der Firma „Bund für Freiheit und Recht" verborgen wurden. Die Angehörigen wurden auf die Reichswehr vereidigt und Verrat wurde mit der Feme bedroht. Dieser „Bund für Freiheit und Recht" ist keineswegs verschwunden. Aus der Denkschrift des Herrn Mahraun erfährt man z. B. weiter, daß zu Beginn des Jahres 1926 dieser Bund in ganz großem Stile an der Aufstellung neuer illegaler Reichswehrorganisationen gearbeitet hat. Es handelt sich darum, daß neben der Reichswehr in ganz Deutschland ein Behördenapparat geschaffen worden sein soll, der den alten Bezirkskommandos entspricht. Zu ihren Befugnissen sollen die Aufstellung von Stammrollen, die Ausbildung von Ersatztruppen, gewisse Mobilmachungsvorarbeiten usw. gehören.

In jedem Wehrkreis werden von einem Kreiskommandeur mit Hilfe von Kreisoffizieren Reserveformationen aufgestellt. Dieses Vorgehen ist vor den Wehrverbänden, den Landbund- und Arbeitgeberorganisationen, die zur Finanzierung herangezogen wurden, damit begründet worden, daß der Reichspräsident mit Hilfe des Artikels 48 die Diktatur in Deutschland einführen wolle, wozu die regulären Formationen der Reichswehr nicht ausreichten. Diese Begründung wurde gegeben im Frühjahr des Jahres 1926 zur gleichen Zeit, als die preußische Regierung den Putschisten um Claaß und Sodenstern einen Strich durch die Rechnung machte. Die Pläne dieser Putschisten waren zugleich die Pläne der illegalen Kreisbehörden der Reichswehr.

Fast gleichzeitig mit der Veröffentlichung von Teilen der Mahraunschen Denkschrift wurde im „Berliner Tageblatt" mitgeteilt, daß Reichswehroffiziere aus Berlin bei den Arbeitgebern in Breslau um Gelder nachgesucht haben zur Finanzierung sogenannter Sportkurse. Diese Sportkurse sind nichts anderes als die Ausbildungskurse der illegalen Reichswehrkreisbehörden. Es steht also fest, daß im gleichen Augenblick, in dem Herr Geßler im Reichstag die Verbindung der Reichswehr mit illegalen Organisationen verurteilte, und als Ziel hinstellte, die Reichswehr aus der Atmosphäre des Mißtrauens herauszuführen, die Offiziere der Reichswehr neue illegale Verbindungen angeknüpft haben, um ein neues illegales Ersatzsystem zu organisieren. Niemand wird glauben, daß dieses Netz einer illegalen Reichswehrersatzorganisation den Offizieren des Reichswehrministeriums nicht bekannt sein sollte. Es wird im Reichswehrministerium aber ein gefährliches Doppelspiel getrieben, das geeignet ist, die außenpolitischen Interessen des Reiches auf das schwerste zu gefährden. Gleichzeitig richtet es sich gegen die Republik. Was das Reichswehrministerium sich bei dieser ungesetzlichen Organisationsarbeit denken mag, soll dahingestellt bleiben. Was die Offiziere sich dabei denken, die im Lande die Organisation aufziehen, das weiß man: sie wollen ein Instrument schaffen für den deutschen Fascismus, eine sozusagen amtliche Putschorganisation gegen die Republik.

Für diese Dinge ist der Reichswehrminister verantwortlich. Es ist bekannt, daß neben dem bereits veröffentlichten Anklagematerial gegen die illegale Betätigung der Reichswehr weiteres Material vorliegt, das noch schwerwiegender ist. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird umgehend Gelegenheit nehmen, Herrn Geßler über diese skandalösen Zustände vor dem Plenum des Reichstags in aller Oeffentlichkeit zur Rede zu stellen.

Was ein Reichswehrministerium-Dementi wert ist.

Berlin, 23. November. (Radiomeldung.)

Das Reichswehrministerium veröffentlicht gegenüber den aus der Mahraunschen Denkschrift veröffentlichten Berichten über illegale Reichswehrorganisationen ein Dementi. Ein echtes Reichswehr-Dementi! Es lautet: „Dem Reichswehrministerium ist über derartige Dinge nie etwas bekannt geworden. (!) Als vor Jahr und Tag Gerüchte in dieser Richtung auftraten, sind erneut scharfe Befehle gegen jede derartige Verbindungen erlassen worden."

Dem Reichswehrministerium ist nie etwas bekannt geworden .... Aber Herr Geßler hat im März die Denkschrift des Herrn Mahraun erhalten. Das war wohl auch „nichts"?

Der Ordenskanzler des Jungdeutschen Ordens, Otto Bornemann, nimmt im „Jungdeutschen" vom 23. November Stellung zur Veröffentlichung von Teilen der Mahraunschen Denkschrift. Diese Veröffentlichung straft das Dementi des Reichswehrministeriums glatt Lügen. Bornemann steht in Geßler bereits einen gestürzten Mann. „Nach all den gegen ihn erhobenen Vorwürfen ist anzunehmen, daß der Minister parlamentarisch kaum noch zu halten sein dürfte. An Stimmen, welche in Voraussicht der kommenden Ereignisse gewarnt haben, hat es wahrlich nicht gefehlt."

Er belastet weiter das Reichswehrministerium mit folgenden Ausführungen: „Der Jungdeutsche Orden konnte selbstverständlich nicht achtlos an politischen Bestrebungen vorübergehen, für welche Personen, die in Diensten der Reichswehr zu stehen vorgeben, in seinen eigenen Reihen Anhänger zu werben versuchten, um so mehr, als er diese Bestrebungen für falsch und für die Zukunft Deutschlands verderblich hielt. Die Folgen waren Angriffe dieser Personen und ihrer Kreise auf den Orden, welche trotz mündlicher Beschwerden beim Reichswehrministerium nicht abgestellt wurden."

Bornemann setzt auseinander, daß das Berliner Polizeipräsidium aufmerksam wurde und von ihm und Mahraun die Zusammenhänge zwischen Reichswehr und Verbänden zu erfahren suchte. Darauf hat die Ordensleitung das Bureau des Reichspräsidenten um Verhaltungsmaßregeln gebeten. Die Folge: „Der Reichswehrminister bat darauf die Ordensleitung, das ihr vorliegende Material zusammenzustellen und schriftlich einzureichen. Diesem Ersuchen konnte die Ordensleitung sich nicht entziehen. Sie reichte sofort einen Teil des Materials am 13. März und den Rest am 18. März ein.

Bereits kurze Zeit später konnte Herr von Sodenstern, der Hauptschriftleiter der „Deutschen Zeitung", den Inhalt der Denkschrift und machte, insbesondere veranlaßt durch die Haussuchungsaktion der Polizei am 12. Mai, die Oeffentlichkeit auf das Bestehen der Denkschrift aufmerksam. Es konnte nicht ausbleiben, daß die Presse sich mit der Frage beschäftigte und daß amtliche Stellen, welche ein Interesse an der Denkschrift hatten, nunmehr in deren Besitz gelangten."

Zum Schluß schreibt Bornemann: „Es wird Vorwürfe und Verdächtigungen regnen, so daß die alte Ordensleitung wahrscheinlich gezwungen sein wird, aus ihrer Reserve herauszutreten und den Schriftwechsel mit dem Reichswehrministerium, eventuell die Denkschrift selbst, zu veröffentlichen. Dann wird die Oeffentlichkeit sich überzeugen können, daß diese Denkschrift nichts enthält, was dem Reichswehrministerium nicht schon bekannt war, daß sie ferner geschrieben wurde in Sorge um die Unantastbarkeit der Reichswehr, sowie um zu klären, ob die Behauptung politischer Desperados, die Reichswehr decke sie, der Wahrheit entspricht."

Die Flucht des Jungdeutschen Ordens in die Oeffentlichkeit ist zugleich Anklage gegen das Reichswehrministerium. Und das Dementi?

Will das Herr Geßler decken?

Polemik mit Geßler?

Ein nutzloses Zeitiotschlagen.

Im „Demokratischen Zeitungsdienst" befaßt sich der Reichswehrminister Dr. Geßler mit der vom Genossen Löbe angeschnittenen Frage des Heereserfatzes. Er bezeichnet einleitend die Bestimmung des Versailler Vertrages, die eine 12jährige Dienstzeit verlangt, als „eine Forderung von schlechtweg unsittlicher Brutalität". Das Reichsheer habe zwar gegenwärtig infolge der katastrophalen Arbeitslosigkeit ein Ueberangebot; das Ersatzproblem könne endgültig erst beurteilt werden, wenn auf dem Arbeitsmarkt wieder normale Verhältnisse eingetreten seien. Denn wirklichen Nutzen habe die Reichswehr nur von denen, „die aus Passion zum Heere kommen, die begeisterte Soldaten sind." Uebel bemerkbar mache sich vor allem auch das Fehlen einer Probedienstzeit.

Die überall festzustellende enge Verbindung zwischen dem Ersatzgeschäft der Reichswehr und den rechtsradikalen Verbänden sucht der anscheinend unbelehrbare Reichswehrminister als ein „Mißverständnis in der Oeffentlichkeit" abzutun. Die verantwortlichen Offiziere hätten „leider entgegen der Vorschrift" gelegentlich Anfragen über Freiwillige an Führer von Verbänden gerichtet, die für die Reichswehr als politische

Italienische Truppenkonzentrationen an der französischen Grenze.

Italienische Militärbewegungen in der Provence.

Paris, 23. November. (Eig. Drahtbericht.)

In französischen politischen Kreisen herrscht eine gewisse Aufregung über die Veröffentlichungen, die der Direktor der „Action francaise", Maurras, der sich mehrere Wochen in der Provence aufgehalten hat, über große italienische Truppenzusammenziehungen an der italienischen Grenze zu berichten weiß. In der Provence soll, wie das Blatt ausführt, eine lebhafte Besorgnis wegen dieser Rüstungen herrschen. Auf hundert Kilometer in Italien hinein sollen Tausende von Truppen konzentriert sein, die eifrig mit der Grenzbefestigung und der Herstellung großer Eisenbahnlinien von der Grenze nach den großen Truppenzentren des Innern beschäftigt sein sollen. Das Blatt führt u. a. noch aus, daß unter diesen Umständen eine Ueberrumpelung der französischen Azurküste besonders von Toulon und Marseille ein leichtes Spiel wäre, um so mehr als französischerseits dort keine Truppen ständen und die ganze Küste nur von einem einzigen Jägerbataillon verteidigt würde.

Die Blätter kommentieren diese Meldungen verschieden. Die „Liberté", die mit dem Fascismus liebäugelt, rät der französischen Regierung, mit Italien in Verhandlungen einzutreten und jedenfalls alles zu unterlassen, was den Fascismus herausfordern könnte. Es beschuldigt Briand, mit Absicht jahrelang Mussolini bei seinen diplomatischen Besprechungen mit europäischen Staatsmännern übergangen zu haben und so in gewisser Weise dem antifranzösischen Geisteszustand des italienischen Fascismus Vorschub geleistet zu haben.

Zusammenkunft Briand-Mussolini auf italienischem Boden?

Mussolini fürchtet sich vor Genf.

Paris, 23. November. (Radiomeldung.)

Angesichts der Veröffentlichungen über angebliche Truppenzusammenziehungen Italiens an der Grenze beschäftigt sich die französische Presse wieder lebhafter mit den französisch-italienischen Beziehungen und vor allem mit der Frage einer Aussprache zwischen Briand und Mussolini. Bisher hatte man geglaubt, daß diese Aussprache im Rahmen der Genfer Tagung des Völkerbundes stattfinden könnte. Jetzt erfährt man, daß Mussolini aller Voraussicht nach Italien bei dieser Tagung des Völkerbundes nicht vertreten wird. Er hat Chamberlain und Briand offiziös wissen lassen, daß es ihm im gegenwärtigen Augenblick schwer falle, Italien zu verlassen. Hingegen verlautet, daß Mussolini demnächst an Briand mit einer Einladung herantreten wird, um sich in einem italienischen Grenzstädtchen, wahrscheinlich Stresa, zu begegnen. Diese Zusammenkunft auf italienischem Boden soll allerdings erst für die Zeit nach der Genfer Tagung in Aussicht genommen sein. Von den amtlichen Stellen wird einstweilen erklärt, ein solcher Vorschlag sei nicht bekannt, doch würde Briand selbstverständlich einer italienischen Einladung Folge leisten.

Die faszistische Miliz an der französischen Grenze.

Berlin, 23. November. (Radiomeldung.)

Nach Nachrichten aus Italien ist die Ueberwachung der italienischen Grenze nunmehr der faszistischen Nationalmiliz übertragen worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219261123-14/fragment/page=0001

Organisationen verboten sind. Daher das „Mißverständnis", als ob die Reichswehrtruppenteile den Ersatz solchen Verbänden entnähmen. Davon könne gar keine Rede sein — versichert der Herr Reichswehrminister. Es habe sich lediglich um Anfragen nach Geeignetheit und nicht etwa nach politischer Gesinnung gehandelt, will Dr. Geßler die Republikaner Glauben machen.

Das vom Genossen Löbe als Vorbild empfohlene Verfahren bei der österreichischen Armee lehnt der deutsche Wehrminister ab. Das österreichische Heer sei politisiert; „das deutsche Heer soll unpolitisch sein." Soll — daß es unpolitisch ist, wagt selbst Dr. Geßler nicht zu behaupten. Eigene Vorschläge, um die unhaltbaren Zustände im Ersatzgeschäft der Reichswehr abzustellen, vermag der Reichswehrminister ebenfalls nicht zu machen. Von der republikanischen Presse verlangt er Erziehungsarbeit in dem Sinne, daß sie „ihre Leser für den Gedanken der Wehrhaftigkeit des Volkes erwärmt und in der republikanischen Jugend Neigung zum Soldatenberuf erweckt".

Der Reichswehrminister weiß entweder nicht, wie es bei seiner Reichswehr ausschaut, oder er tut wenigstens so. Bei dem Geist, der in der Reichswehrtruppe nahezu überall herrscht, ist für einen aufrechten Republikaner ein Eintritt fast unmöglich. Unmöglich auch deshalb, weil jeder junge Mann, der republikanischer Gesinnung verdächtig ist, einfach abgelehnt wird. Aber was lohnt überhaupt noch eine Polemik mit Herrn Geßler?

Das „BT." gegen Geßler, für Löbe.

Berlin, 23. November. (Radiomeldung.)

Entgegen den Ausführungen Dr. Geßlers über „Heeresersatz" erklärt das „Berliner Tageblatt": **Die Vorschläge Löbes erscheinen uns als eine geeignete Grundlage. Eine parteipolitische Gliederung** des Heeres kommt natürlich nicht in Betracht, **wohl aber** die vom staatspolitischen Standpunkte aus ganz selbstverständliche Republikanisierung in dem Sinne, daß Mannschaften und Offizierskorps vom **republikanischen Geiste** erfüllt sind. **Zu diesem Zwecke muß bei dem Heeresersatz angefangen und bei den Heeres- und Marine-Fachschulen fortgesahren werden."**

Wer hat Heß erschossen?

Das Geständnis des Täters Erich Friehe.

Der Bergmann Erich Friehe hat zur Entlastung von Max Hölz, der seinerzeit wegen Tötung des Gutsbesitzers Heß im mitteldeutschen Kommunistenaufstand zu hoher Zuchthausstrafe verurteilt worden war, an den Amnestieausschuß des Reichstags ein Schreiben gerichtet, in dem er sich als der eigentliche Täter bezeichnet und sein Geständnis eingehend darlegt. Friehe schildert in diesem Schreiben zunächst die näheren Umstände, unter denen sich die Ermordung Heß' abspielte.

Es war Ende März 1921. Hölz' Truppen berührten, von Gröbers kommend, den Gutshof Roitzsch. Friehe ging mit Hölz zum Requirieren in das Haus. Hölz trat hier mit Heß an einen Kleiderschrank heran, der auf dem Flur stand. Heß sagte bei dieser Gelegenheit zu Hölz, er wolle die Schlüssel zu dem Schrank von unten heraufholen. Darauf sprang er in auffälliger Eile die Treppe hinunter. Friehe sprang ihm nach, da er glaubte, Heß wolle flüchten. Während der Hinabspringens, so schildert Friehe, zog ich meinen Browning aus dem Gürtel. Hölz schrie mir mit lauter Stimme nach: „Nicht schießen!" Heß hatte inzwischen die Haustür passiert, aber nicht den Eingang, durch den wir das Haus betreten hatten, sondern die Tür, die nach dem zweiten Hofe führt. Als ich, hinter Heß herlaufend, durch den gleichen Ausgang ins Freie gekommen war, lief Heß in rasendem Tempo durch den zweiten Hof in der Richtung auf die Mauer, und zwar auf die Ausfahrt zu, die nach dem Felde führt. Ich hatte das bestimmte Gefühl, daß Heß flüchten wollte, um uns irgendeine Falle zu stellen, und legte mit dem Browning auf ihn an, um ihn durch eine Verletzung zu Fall zu bringen. Ich traf ihn auch in den Rücken. Heß brach im gleichen Augenblick auf einem niedrigen Misthaufen zusammen. Zwischendurch hatte sich der Hund des Heß bemerkbar gemacht. Auf diesen Hund wurden plötzlich mehrere Schüsse abgefeuert und zu gleicher Zeit wurde auch von einer anderen Stelle aus auf Heß geschossen, ohne ihn zu treffen. Diese Schüsse kamen wahrscheinlich von der nach der Straße zu gelegenen Mauer des zweiten Hofes. Hölz kann bei diesen Schüssen unmöglich beteiligt gewesen sein, weil er nur durch dieselbe Tür wie ich in den zweiten Hof hätte gelangen können. Heß hatte sich inzwischen wieder erhoben und trug seinen Browning jetzt deutlich sichtbar in der Hand. Ich hatte meinen Karabiner gelockert, da kam Frau Heß aus dem Hause und rief: „Was hat denn mein Mann eigentlich getan, laßt mir meinen Mann zufrieden." Ich riß mich von der Frau los und stieß sie in hoher Erregung zurück ins Haus. Heß war inzwischen zu Boden gefallen und wandte sich. Er rief, wir sollten ihn zufrieden lassen. Ich war jedoch wahnsinnig erregt durch die Vorkommnisse der letzten Tage und die erlittenen Mißhandlungen und knallte noch einmal in sinnloser Wut auf Heß, worauf dieser verschied. Andere Schüsse auf Heß sind nicht mehr abgegeben worden.

Gleichzeitig mit dem Schreiben von Friehe ist von dem früheren Hauptbelastungszeugen, dem Schlosser Uebe, ein Schreiben an den Ausschuß gerichtet worden, in welchem der Zeuge erklärt, er habe heute die feste Ueberzeugung, daß Hölz im Falle Heß unschuldig verurteilt worden sei. Er zweifle nicht mehr daran, daß Friehe der Täter sei. Ihm liege lediglich an der Aufklärung des Sachverhalts; er sei politisch nicht organisiert und parteipolitisch in keiner Weise interessiert.

Der Amnestieausschuß, der am Montag zusammentreten sollte, mußte sich, da einige Mitglieder des Ausschusses verhindert waren, auf Sonnabend, den 27. November, vertagen.

Verworfene Revision.

Leipzig, 23. November. (Eig. Drahtbericht.)

Der erste Straffenat des Reichsgerichts beschäftigte sich am Montag mit der Revision des Fememörders Raphael, der vom Landgericht in Landsberg wegen Anstiftung zu versuchter Gefangenenbefreiung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war. Raphael, der wegen Fememordes längere Zeit im Untersuchungsgefängnis in Landsberg unter strengster Bewachung saß, und später zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, hatte in einem Gefangenen-Wachtmeister einen Freund gefunden, der ihm mehr Freiheiten einräumte, als die Anstaltsinspektion erlaubte. Diese Gelegenheit nutzte Raphael zu einem Fluchtversuch aus. Mit zwei seiner Mitgefangenen verabredete er, ihm bei seiner Flucht behilflich zu sein. Er hatte dem einen Gefangenen 3000 Mk. versprochen,, die ihm von der völkischen Organisation zugestellt würden, wenn sein Plan glückte. Auch sollten sie von den Hintermännern freies Geleit ins Ausland haben.

Am 15. Dezember 1925 wurde zum zweiten Male der Plan zur Ausführung gebracht, nachdem der eine mißglückt war. Bei Anproben von Stiefeln waren Raphael und ein anderer Mitgefangener, mit dem er alles besprochen hatte, von dem Gefangenenaufseher in die Schusterzelle gebracht worden. Plötzlich erschien ein dritter Gefangener, schlug den Aufseher nieder und entwendete ihm die Pistole und die Schlüssel. Dieser Vorgang war noch rechtzeitig von einem Kalfaktor beobachtet worden, der alle vier in der Zelle einschloß und die Wache verständigte. Auf diese Weise gelang es in letzter Minute, Raphaels Fluchtversuch zu vereiteln. Raphael fand milde Richter, die ihn nur zu einem Jahr Gefängnis verurteilten. Trotzdem legte er Revision ein, die aber am Montag vom Straffenat des Reichsgerichts verworfen wurde.

Die Treue des Saarlands.

Saarbrücken, 23. November. (Eig. Drahtbericht.)

Am Montag wurde in der Sitzung des Saarländischen Landesrats von sämtlichen Parteien folgende Erklärung abgegeben:

„Das Saargebiet begrüßt auf das aufrichtigste die Annäherung zwischen dem deutschen Vaterlande und Frankreich. Es ist davon überzeugt, daß die Befriedung Europas und die Zukunft der beiden großen Länder davon abhängt, daß die Streitpunkte zwischen ihnen endlich beseitigt werden. Einer der wesentlichsten ist die Frage des Saargebietes. Der Landesrat als die gewählte Vertretung des Saarvolkes hält es in dieser Lage für seine Pflicht, **dem einmütigen Wunsche der Bevölkerung feierlich Ausdruck zu geben, daß das Saargebiet in friedlicher Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich möglichst bald dem übrigen Deutschland zurückgegeben werde.**"

Luxemburg.

Für Rheinland- und Saargebieträumung, für allgemeine Abrüstung, Streichung der interalliierten und Beschränkung der deutschen Schulden.

Das Resultat.

Auf der Vierländerkonferenz der deutschen, französischen, englischen und belgischen Sozialisten wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die in den Hauptteilen folgenden Wortlaut hat:

Die **wirkliche und dauernde** deutsch-französische Annäherung, die für die Festigung des Friedens unerläßlich ist, schließt **notwendig das baldige Ende der militärischen Besetzung deutschen Bodens ein.**

Eine der wesentlichsten Aufgaben der sozialistischen Parteien besteht also darin, eine **schnelle Lösung des Problems der Rheinlandsräumung** herbeizuführen.

Hingegen haben die sozialistischen Parteien erkannt, daß die **Räumung des Rheinlandes mit einer befriedigenden Lösung der Abrüstungsfrage praktisch verbunden ist.** Deutschland hat sich verpflichtet, abzurüsten „und die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung zu ermöglichen". Die in Versailles vertretenen Regierungen sowie alle Regierungen, die in den Völkerbund eingetreten sind, haben die feierliche Verpflichtung übernommen, die Rüstungsbeschränkung zu verwirklichen. **Die organisierte Arbeiterschaft aller Länder muß die Erfüllung dieses Versprechens mit Entschiedenheit fordern.**

Die Arbeiter Deutschlands und Frankreichs müssen auf ihre Regierungen einen Druck ausüben, damit diese den nötigen guten Willen zeigen, die eine, um die letzten von Deutschland versprochenen Abrüstungsmaßnahmen bald durchzuführen, und die andere, um zu verhindern, daß durch schikanöse Forderungen die notwendige Ausführung der interallierten Militärkontrolle hinausgezögert wird.

Die Kontrolle der deutschen Abrüstung kann in Zukunft nur im Rahmen einer allgemeinen Konvention gedacht werden, die **allen Staaten gleiche Rechte gewährt und gleiche Pflichten auferlegt, wie übrigens auch die Abrüstung Deutschlands nur denkbar ist, im Hinblick auf die Weltabrüstung.**

Die sozialistischen Parteien müssen dafür sorgen, daß im Zusammenhang mit der Lösung des Reichsproblems das Schicksal der Bevölkerung des Saargebietes endgültig und ihrem Willen entsprechend geregelt werde. Es liegt im Interesse keines Landes, die harte Zeit, die der Versailler Vertrag der Saarbevölkerung auferlegt hat, fortdauern zu lassen. Eine freundschaftliche Regelung, für die alle Voraussetzungen bereits geschaffen sind, würde die deutsch-französische Annäherung wirksam fördern.

Endlich erfordert das Werk der internationalen Versöhnung und Annäherung eine endgültige und vollkommen befriedigende Lösung der Reparations- und Schuldenfrage.

Heute lastet das Problem der interalliierten Schulden auf dem Wirtschaftsleben und auf den politischen Beziehungen aller großen Völker. Die Gesamtsumme der deutschen Schuld ist noch nicht festgesetzt. Das Fehlen ihrer Mobilisierung hat zur Folge, daß sich nach wie vor ein Schuldnerstaat und Gläubigerstaat gegenüberstehen. Gemäß den von ihm stets vertretenen Grundsätzen muß der internationale Sozialismus auf die **Streichung der interalliierten Schulden hinarbeiten sowie auf die Beschränkung der deutschen Schuld nach dem Wert der tatsächlichen Wiedergutmachung.**

Dann kann eine Mobilisierung der deutschen Schuld erfolgen, die eine schnelle finanzielle Befreiung Deutschlands bewirken wird.

Die Konsolidierung des Friedens hängt zum großen Teil von der Entwicklung des weltwirtschaftlichen Solidaritätsgefühls ab. Die Luxemburger Konferenz stellt die wesentlichsten Fortschritte fest, die auf diesem Gebiet in den letzten Monaten erzielt worden sind, deren Notwendigkeit so oft von der Internationale unter Angabe der geeigneten Mittel und Wege betont worden sind.

Aber die sozialistischen Parteien dürfen nicht den Großkapitalisten die Leitung der neuen Gebilde überlassen, in denen die Bezeichnung und der Austausch der Güter sich konzentrieren. Sie müssen unablässig kämpfen, um eine größere Beteiligung des Staates und der Arbeiterorganisationen an der Leitung dieser Zentren zu sichern, in denen alle Fäden der Wirtschaft zusammenlaufen. Sie müssen besonders dafür sorgen, daß unter den neuen Verhältnissen, die die industrielle Entwicklung geschaffen hat, die Löhne und Arbeitsbedingungen geschützt werden.

Die Konferenz erinnert die vertretenen Parteien an die Notwendigkeit, in ihren Ländern die **Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag** durchzusetzen.

Die Luxemburger Konferenz ersucht die Sozialistische Arbeiterinternationale, sich mit der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale in Verbindung zu setzen, damit eine gemeinsame Zusammenkunft noch vor dem Zusammentritt der offiziellen Konferenz einberufen werde, um dort die geeigneten Propaganda- und Aktionsmaßnahmen festzulegen.

„Olaf."

Tragödie eines Sportlers in acht Bildern von Ernst Laskowski.

Unter diesem Titel gelangt seit gestern im „Thalia-Theater" mit Unterstützung des Magistrats und der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ein Stück zur Aufführung, das in acht Bildern zeigt, wie ein Sportler, der einmal in seinem Leben einen sogenannten Fehltritt getan und sich dabei mit Syphilis angesteckt hat, zusammenbricht, als ihm der höchste Ruhm winkt, wie er dann den Anordnungen des zu spät hinzugezogenen Arztes nicht nachkommt, auf den „Wunderdoktor" hört, seine Frau ansteckt und schließlich dem Wahnsinn verfällt.

Vor Beginn der Vorführung erschien Stadtmedizinalrat Dr. Schnell auf der Bühne und wies auf die Bedeutung der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hin. Er legte dabei den Hauptnachdruck auf die sittliche Seite, zu wenig aber auf die praktische Aufklärung. Und das war auch die Tendenz des Stückes, die ganz der bürgerlichen Ideologie entsprach, so recht den Oberlehrergeist wiedergab. Wir sind aber der Meinung, daß man mit sittlichen Postulaten: „Halte deine Jugend rein!" und „Ein reiner Mann, ein unberührtes Mädchen" der entsetzlichen Seuche nicht Herr wird, denn die — in dieser Form wohl sehr spärlich zu findende bürgerliche Sittlichkeit hat sich bisher immer noch als keine ausreichende Schranke in sexueller Beziehung erwiesen. Derartige Forderungen entsprechen wohl der kirchenchristlichen Auffassung, aber nicht der rauhen Wirklichkeit. Man soll endlich die falsche Scham und die Moral von der Sündhaftigkeit des Fleisches begraben und statt der bloßen Abschreckung gründliche Aufklärung geben; Aufklärung nicht nur über das Wesen jener Krankheiten, sondern noch mehr über die Mittel zu ihrer Verhütung. Gründliche Arbeit aber vermögen schließlich nur umfassende und durchgreifende sanitäre Maßnahmen zu leisten — wozu aber gewöhnlich in unserem Kulturstaate das Geld mangelt.

Die Aufführung selbst war in einigen Bildern ganz wirkungsvoll, in anderen dagegen sehr unwahrscheinlich. Wohl am besten war die Schlußszene, die den dramatischen Höhepunkt des Stückes bildete und insofern manches Mangelhafte wieder ausglich. Die Spieler kamen durchweg mit Eifer und Geschick ihrer Aufgabe nach. Besonders der „Olaf" Olaf Bachs kann besonders erwähnt werden.

Der Besuch der Erstaufführung war mäßig. Man sah viel „Prominente", anscheinend geladene Gäste. Immerhin ist ein Besuch der Veranstaltung zu empfehlen, besonders auch von jugendlicher Seite.

Ht.

Der Präsident der neuen Dichter-Akademie.

Wilhelm v. Scholz

Wilhelm v. Scholz, der Verfasser der Dramen „Der Gast", „Der Jude von Konstanz" und „Der Wettlauf mit dem Schatten", wurde zum Präsidenten der Dichterakademie gewählt.

Versteigerung der größten deutschen Musiker-Autographensammlung.

Am 6. und 7. Dezember werden die Firmen K. E. Henrici und Leo Liepmannssohn in Berlin im Hause Henrici die Handschriften des berühmten Musikmuseums, das Wilhelm Heyer 1906 in Köln begründet hat, versteigern. Nachdem die Stadt Köln das Museum nicht hatte erwerben können und der sächsische Staat die einzigartige Instrumentensammlung dieses berühmten Privatmuseums für die Leipziger Universität erworben hatte, fanden sich keine öffentlichen Mittel mehr zum Ankauf der großartigen Sammlung von musikalischen Handschriften (1500 Musik-Manuskripte und etwa 20 000 Briefe), so daß den Erben kein anderer Ausweg blieb, als die Autographen öffentlich versteigern zu lassen. Unter den Handschriften finden sich Kostbarkeiten von einer Seltenheit und gleichzeitig in so großer Anzahl, daß das Heyersche Museum zum ersten Musikmuseum der Welt zu werden versprach. Damit ist es nun vorbei. Um nur einige Glanzstücke in der Reihe von Palestrina bis Busoni anzuführen, nennt der Auktionskatalog von Johann Sebastian Bach u. a. das Manuskript des Orgelpräludiums und der Fuge in H-Moll, von Beethoven die Klaviersonate Opus 78 und die Posaunenstimmen zur 9. Symphonie, von Chopin die Polonäsen Opus 40 und ein Impromptu Opus 51, den gesamten kompositorischen Nachlaß Paganinis, mehrere Hauptwerke von Schubert und Schumann und von Richard Wagner den Schlußchor aus dem „Tannhäuser".

A. R.

Hallesches Theater- und Kunstleben.

Stadttheater. Morgen, Mittwoch, findet die Erstaufführung der erfolggekrönten neuen Lehar-Operette „Paganini" unter Regie von Paul Herlt und musikalischer Leitung von Walter Schmitt statt. Beschäftigt sind in den Hauptrollen die Damen Anny Kunze, Martha Seeliger, Charlotte Wegener und die Herren Kurt Brinck, Otto Marks, Kurt Schütt, Max Stojewsky, Otto Tiedemann. Die Violin-Soli werden von Konzertmeister Artur Bohnhardt ausgeführt. Bühnenbild: Heinz Behrens; Kostüme: Peter Rohrer. — Das Eugen-Klöpfer-Gastspiel als Michael Kramer im Stadttheater mußte vom 28. November auf den 2. Dezember verschoben werden. Am 11. Dezember gastiert Alexander Moissi mit eigenem Ensemble in Tolstois „Der lebende Leichnam".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219261123-14/fragment/page=0002
DFG

Die DAZ. Reichseigentum.

Stresemanns Erklärung im Auswärtigen Ausschuß.

Am Montag hat der vom Parlament bestellte Reichsaußenminister die Güte gehabt, vor dem Auswärtigen Ausschuß den bisherigen nichtssagenden offiziellen und offiziösen Verlautbarungen über das Verhältnis der Reichsregierung, oder sagen wir besser das Verhältnis des Herrn Stresemann zur „Deutschen Allgemeinen Zeitung", eine fast ebenso nichtssagende Erklärung hinzuzufügen. Es ist nur bedauerlich, daß der Reichskanzler dieser Verlautbarung seine Zustimmung gegeben hat und damit leider einen Schritt unterstützte, der auf eine fortgesetzte Täuschung der Oeffentlichkeit hinausläuft. Vernehmen wir, was der selbstherrliche Reichsaußenminister zu erklären wagte:

„In einer Reihe von Zeitungen sind Mitteilungen über Beziehungen der Reichsregierung zu der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" verbreitet worden, die in ihren Einzelheiten nicht richtig sind. Im Einvernehmen mit dem Herrn Reichskanzler stelle ich darüber das Folgende fest:

Von dem gesamten Verlagsunternehmen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", das seinerzeit von der preußischen Regierung im August 1925 erworben wurde, ist im April dieses Jahres die Zeitung auf das Reich übergegangen, soweit die Minderheit der Anteile nicht im privaten Besitz sind. Die durch diese Veränderung für das Reich entstehenden Ausgaben werden aus den Dispositionsfonds des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Reichsaußenministers gedeckt, die etatsrechtlich zur Verfügung des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Reichsaußenministers stehen. Zwischen dem früheren und jetzigen Besitzer sind Verabredungen über die allgemeine Haltung des Blattes getroffen worden, die der allgemeinen Tendenz des Blattes entsprechen."

Was ist diese Erklärung anderes als eine Ohrfeige für das Parlament und die mit Recht auf eine völlige Klärung der Angelegenheit bestehende Oeffentlichkeit? Aus ihr erfahren Parlament wie Oeffentlichkeit, und sicher auch der größte Teil der Reichsminister, glücklich sechs Monate nach erfolgtem Kauf, daß die Reichsregierung in den Besitz des Verlages der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" gelangt ist. Aus welchen Gründen und mit welchem Recht dieses unrentable und völlig unwirtschaftlich arbeitende Unternehmen von dem Außenminister zu einem Preis von weit über eine Million Mark mit dem Geld der deutschen Steuerzahler erworben worden ist, geht das Parlament und die Oeffentlichkeit nach Auffassung des Herrn Stresemann scheinbar immer noch nichts an. Auch daß „die für das Reich entstehenden Ausgaben" in Form einer monatlichen Subvention von 75 000 bis 90 000 Mark bestehen, ohne daß die Reichsregierung versucht hätte, ihr Unternehmen wirtschaftlich zu gestalten, hat Parlament und Oeffentlichkeit nach der Meinung des Herrn Außenministers ebenfalls nicht zu interessieren. Ihnen wagt man statt dessen die lächerliche Behauptung vorzusetzen, daß „zwischen den früheren und jetzigen Besitzern eine Verabredung über die allgemeine Haltung des Blattes getroffen worden ist". Das erklärt man, nachdem erst vor wenigen Tagen von der gleichen amtlichen Stelle verlautbart wurde, es sei nie versucht worden, auf die innenpolitische Haltung des Blattes irgendwelchen Einfluß zu gewinnen, und die Redaktion sogar erklärt hat, daß ihr von derartigen Verabredungen überhaupt nichts bekannt ist. Was ist nun die Wahrheit? Wir haben allen Anlaß, der Redaktion der „DAZ." Glauben zu schenken; denn trotzdem das von ihr hergestellte Blatt sich in dem Besitz des Reiches befindet und monatlich unerhörte Reichssubventionen erhielt, hat sie vom April bis heute frisch-fröhlich den Kampf gegen die preußische Regierung und gegen die republikanischen Parteien fortgesetzt. Auf ihre systematische Propaganda für die Aenderung der Reichsflagge ist schließlich auch der bekannte Flaggenerlaß des zweiten Kabinetts Luther zurückzuführen. Angeblich ist dieser Verstoß gegen die Reichsverfassung durch zahlreiche Briefe diplomatischer Institutionen im Ausland hervorgerufen worden. Auch über diese Ausrede braucht man sich heute nicht mehr zu wundern, wenn es richtig ist, daß die antirepublikanisch geleitete „Deutsche Allgemeine Zeitung" täglich in ungefähr 4000 Exemplaren auf Kosten des Auswärtigen Amtes den ausländischen Missionen des Deutschen Reiches übermittelt wird. Es ist also festzustellen, daß die republikanische Reichsregierung sich nicht nur geschämt hat, von einer ohne Grund und ohne Recht aufgelauerten Zeitung einen entschieden republikanischen Kurs zu verlangen, sondern im Gegensatz zu ihrer verfassungsmäßigen Pflicht dieses Organ auch noch benutzte, um in deutschnationalem Sinne nach außen zu wirken.

Wir wollen hier nicht auch noch die Frage untersuchen, wieviel Exemplare von dem angeblichen Abonnementsbestand der von Monarchisten und ehemaligen Offizieren geleiteten „Deutschen Allgemeinen Zeitung" überhaupt gratis auf Kosten des Reiches an Hing und Kung verschickt werden. Das wird Aufgabe des Reichstages sein. Man hat ihm geflissentlich den Ankauf der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" verschwiegen, um seinen Einfluß und sein Kontrollrecht auszuschalten; denn darüber war sich zweifellos der Außenminister und vor allem auch der Parteiführer Stresemann klar, daß die Sozialdemokratie nie einen Augenblick die Leitung einer reichseigenen Zeitung im Sinne der Volkspartei oder gar der Deutschnationalen geduldet hätte. Auch von diesem Gesichtspunkt aus wird sich das Plenum des Reichstages mit diesem unerhörten Vorfall zu beschäftigen haben. Der Dispositionsfonds des Reichskanzlers und des Außenministers ist schließlich nicht dafür da, daß im Stillen hinter dem Rücken des Reichstages von dem Gelde der Steuerzahler Zeitungen aufgekauft werden, die unter dem Anschein, eine bestimmte Richtung der Reichspolitik zu vertreten, in Wirklichkeit nichts anderes sind als Organe einer bestimmten Partei.

*

Wie wir erfahren, wird sich der Reichsverband der deutschen Presse in den nächsten Tagen ebenfalls mit der Angelegenheit der „DAZ.", soweit sie die Redaktion betrifft, befassen.

Allgemeine Verurteilung des „DAZ."-Skandals.

Berlin, 23. November. (Radiomeldung.)

Zu der Erklärung des Außenministers im Auswärtigen Ausschuß schreibt der „Vorwärts": „Zunächst ergibt sich: Das Reich besitzt eine Zeitung, in der innenpolitisch die Politik der Rechtsparteien vertreten wird — unter einer Regierung der Mitte. Das entspricht sicher der allgemeinen Tendenz des Blattes noch von Stinnes Zeiten her — aber entspricht es wirklich auch den Verabredungen über die allgemeine Haltung des Blattes? Herr Stresemann scheint das behaupten zu wollen — das wäre doch sehr interessant.

Diese Erklärung des Reiches hat die preußische Regierung wiederholt angegriffen — hat das nun der allgemeinen Tendenz oder den Verabredungen entsprochen?

Diese Verabredungen aber sind getroffen worden, ohne daß der Redaktion des Blattes davon etwas bekanntgeworden ist. Man hat also die Zeitung mit allem lebenden und toten Inventar gekauft, samt den Redakteuren. Man hat es nicht für nötig gehalten, die Redakteure von den Bedingungen ihres Verkaufs zu unterrichten. Das widerspricht allen Begriffen von der Standesehre der Journalisten. Es offenbart auf der Seite derer, die den Kauf abgeschlossen haben, eine Mißachtung des journalistischen Berufs und der politischen Gesinnung der Journalisten, die die gesamte Presse mit Empörung zurückweisen muß."

Was aber sagt die „Deutsche Allgemeine Zeitung"? Obwohl die Erklärung Dr. Stresemanns das Blatt in allererster Linie betrifft, findet sie sich nicht auf der ersten Seite, sondern etwas verschämt auf der zweiten Seite des Blattes, ohne einen weiteren Zusatz, als daß ihr von autorisierter Seite der Ausdruck „allgemeine Tendenz" dahin interpretiert worden ist, daß er selbstverständlich den bisherigen politischen Kurs des Blattes bedeute.

Dafür findet sich am Kopf des Blattes folgende Erklärung: „In Zusammenhang mit Erörterungen über die Besitzverhältnisse der „DAZ." finden sich in der Berliner Presse teils Andeutungen, teils auch Behauptungen des Inhalts, daß die Meinung unseres Blattes durch finanzielle Abhängigkeit von Reichsstellen erkauft sei und seine politische Haltung durch Bindungen irgendwelcher Art bestimmt wäre. Demgegenüber erklären Verlag und Redaktion:

1. Von finanziellen Zusammenhängen zwischen Zeitung und amtlichen Stellen oder von irgendwelchen Bindungen an solche Stellen war uns bisher nichts bekannt.

2. Niemals ist die freie Meinungsäußerung der Redaktion von irgendeiner Seite unterbunden oder beeinträchtigt worden.

3. Selbst politische Gegner unseres Blattes haben bis zur Stunde der Redaktion bescheinigt, daß sie ohne Rücksicht auf den Besitzwechsel nach dem Tode Hugo Stinnes' an ihrer politischen Linie eines überparteilichen Blattes unbeirrt festgehalten hat."

Im übrigen ist die Presse aller Schattierungen einig in der Verurteilung der von Herrn Dr. Stresemann beliebten groben Irreführung der öffentlichen Meinung und des Parlamentes.

Das Befinden Dr. Breitscheids. Der Zustand des verunglückten Reichstagsabgeordneten Dr. Breitscheid hat sich laut „Vossischer Zeitung" erheblich gebessert.

Der französische Frank hat an der Montagbörse eine plötzliche scharfe Baisse aufgewiesen. Das englische Pfund, das am Sonnabend mit 128,75 und der Dollar mit 28,50 abgeschlossen hatte, stieg im Laufe des Montagvormittag auf 133,50 bzw. 27,55 und im Laufe der Börsensitzung auf 138,45 bzw. 28,52.

Die Schwerenöter.

Lustige Geschichten aus aller Welt.

In den Vereinigten Staaten gab es vor Jahren einen Minister, der gewissenhaft darüber wachte, daß alle Konsule im Ausland die Sprache des Landes beherrschten, in dem sie akkreditiert waren. Eines Tages bewarb sich ein Herr um das Amt des amerikanischen Konsuls in einer chinesischen Stadt und sprach persönlich im Auswärtigen Amt vor, um sich zu melden. „Sie wissen," so belehrte ihn der Minister, „daß ich niemals einen Konsul ernenne, der nicht die Sprache des Landes spricht, in das wir ihn schicken. Ich denke mir, daß Sie kaum Chinesisch sprechen dürften." — „Sie irren, Herr Minister," antwortete der Bewerber schlagfertig, „wenn Sie gütigst eine Frage in chinesischer Sprache an mich richten wollen, so wird es mir ein Vergnügen sein, diese in chinesischer Sprache zu beantworten. Der Bewerber erhielt noch am selben Tag seine Ernennung.

*

„Herr Doktor," so fragt die Gattin bangen Herzens den Arzt, der soeben den schwerkranken Mann untersucht hat, „es handelt sich doch nicht etwa um eine lebensgefährliche Operation?" Beruhigend antwortet der Arzt: „Gewöhnlich gelingt im vorliegenden Falle unter fünf Operationen nur eine. Aber Sie brauchen sich deshalb keine Sorgen zu machen, gnädige Frau, bei den vier letzten Operationen, die ich vorgenommen habe, sind mir die Patienten gestorben; wir dürfen daher mit Sicherheit erwarten, daß die fünfte gut verläuft."

*

Ein Herr trat ins Restaurant, setzte sich und rief: „Kellner, einen Whisky, bevor die furchtbare Schlacht beginnt!" — Am Nebentisch wurde man aufmerksam und sah sich an: Was meint der Mann wohl damit? Aber da rief der seltsame Gast mit dröhnender Stimme ins Lokal: „Ober, noch einen Whisky, bevor die Schlacht beginnt!" — „Ich will Ihnen was sagen," flüsterte am Nebentisch einer, „das ist Battling Malone, der König der Ringkämpfer!" — „Aber keine Ahnung, Mann!" widersprach ein anderer, „ich kenne ihn. Es ist Gaudin, der unbesiegte Fechter!" — Ein anderer Gast behauptete, in dem Herrn einen der bekanntesten Parlamentarier zu erkennen. In diesem Augenblick schrie der interessante Mann: „Kellner, noch ein Dutzend Whiskys, bevor die furchtbare Schlacht losgeht!" Da hielten es die Leute nicht mehr aus und wandten sich an den Wirt. Dieser trat an den trinkfreudigen Gast heran und erkundigte sich: „Verzeihung, mein Herr, was meinen Sie eigentlich mit dieser furchtbaren Schlacht?" — Der Gast sah den außergewöhnlich stark gebauten Wirt an und flüsterte ihm ins Ohr: „Ich meine die Schlacht, die losgehen wird, wenn Sie merken, daß ich keinen Pfennig in der Tasche habe!"

*

Frecher Schlingel! Weiß deine Mutter, daß du Dreikäsehoch schon Rauchen lernst?" — „Nein, Herr — ich will ihr eine Ueberraschung bereiten!"

*

„Sieh du diese Frau an! Tanzt sie nicht wunderbar? Wie die den Charleston und Black Bottom hinleet!" — „Dummkopf! Siehst du denn nicht, daß sie einen Nervenchoc gehabt hat?"

*

„Morgen früh ist die Hinrichtung. Haben Sie noch einen letzten Wunsch?" — „Ja. Ich möchte den Kometen sehen." — „Aber der kommt doch erst in zwei Jahren!" — „Na schön — ich werde eben solange warten!"

Ein zum Tode Verurteilter.

Berlin, 23. November. (Radiomeldung.)

Der zum Tode verurteilte Magdeburger Raubmörder Richard Schröder wurde am Montag wegen des aus dem Untersuchungsgefängnis unternommenen Fluchtversuchs, bei dem ein Gefängniswärter schwer verletzt wurde, zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Der mitangeklagte Bankangestellte Schulz erhielt zwei Jahre Zuchthaus. Schulz erklärte in der Verhandlung, Schröder habe in Aussicht gestellt, daß sie nach erlangter Freiheit durch Erpressung vom Industriellen Haas 10 000 Mk. erhalten könnten.

Nach acht Jahren wegen Mordverdachtes verhaftet.

Berlin, 23. November. (Privattelegramm.)

In Carnitz, einem Orte in der Lüneburger Heide, ist man nach acht Jahren einem Mord auf die Spur gekommen, den der Maurer Kerbein an seinen Kindern von zwei und vier Jahren und an seinem siebzig Jahre alten Vater begangen hat. Kerbein wurde verhaftet.

Ein 16jähriger Fassadenkletterer.

Berlin, 23. November. (Privattelegramm.)

Das Ueberfallkommando Karlshorst bei Berlin nahm in der Nacht zum Montag zwei Männer fest, die die Fassade einer Villa emporgeklettert waren. Der eine war der 26 Jahre alte Heinrich Hoetzel, der andere nannte sich Walter Rohde und hatte auch Papiere auf diesen Namen bei sich. Die Kriminalpolizei entlarvte ihn jedoch als den 16 Jahre alten vielfach vorbestraften Hubert Thimm, dem nicht weniger als 15 Fassadenkletereien und drei Wohnungseinbrüche zur Last fallen.

Großfeuer. In den Deutschen Werken in Spandau brach am Montagnachmittag infolge Kurzschluß im Transformatorenhaus ein Großfeuer aus, wobei mehrere Oelschalter explodierten, so daß das Feuer reichlich Nahrung fand. Das einstöckige Gebäude, in dem das Feuer ausbrach, wurde nahezu zerstört.

Föhnstürme in den Alpen und im übrigen Europa.

Das bayerische Voralpengebiet ist in der Nacht zum Sonntag und während des Sonntages von einem außergewöhnlich heftigen Föhnsturm heimgesucht worden. Am schlimmsten heute das Unwetter im Gebiet des Kochel- und Walchensees, wo der Sturm Wasserhosen bis zu 10 Meter Höhe aufweichte und meterhohe Wellen ans Land trieb. Ungeheuer groß ist die Zahl der umgelegten Bäume, wodurch der größte Teil der Wege und Straßen versperrt ist. Auch die Licht- und Fernsprechleitungen wurden in der ganzen Gegend zerstört. Besonders schwer mitgenommen wurde Schlehdorf, wo die meisten Dächer abgedeckt wurden; mehrere Häuser des Ortes drohen einzustürzen. Auch in Kochel selbst wurden viele Dächer heruntergerissen. An mehreren Stellen entstanden infolge des Sturmes Waldbrände. Von der Wucht des Föhns kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man hört, daß mehrfach Eisenbahnwagen aus dem Gleis geworfen wurden. In Nordtirol und am Arlberg, wo der Föhn in Form eines Schneesturmes auftrat, wurden ebenfalls große Verwüstungen angerichtet. Die Arlbergbahn oberhalb Bregenz ist durch herabgestürzte Baumstämme und Steinlawinen unterbrochen. Besonders heimgesucht wurde auch die Gegend um den Königsee bei Berchtesgaden, die Ramsau und die Umgebung Salzburgs. Auch hier sind die meisten Straßen durch umgerissene Bäume gesperrt und zahlreiche Gebäude stark beschädigt. Die Liegehalle der Lungenheilstätte Grafenhofen wurde völlig weggerissen. Auch am Südabhang der Alpen tobte ein außergewöhnlich heftiger Sturm in der Form eines Schirocco, der besonders im Kanton Tessin und vor allem in Lugano großen Schaden anrichtete.

Die französische Mittelmeerküste hatte ebenfalls unter starken Stürmen zu leiden. Im Hafen von Marseille richtete eine Springflut, durch deren hochgehende Wogen die Kais und die Häuser des Hafenviertels unter Wasser gesetzt wurden, großen Schaden an. Viele im Hafen lagernde Waren wurden fortgespült oder beschädigt. Zahlreiche kleine Schiffe und Boote zerschellten an der Mole. Die Straßenbahnlinie längs der Küste mußte ihren Betrieb einstellen.

Außergewöhnlich stark tobten die Stürme auch in Schlesien und der benachbarten Tschechoslowakei. Im Eulengebirge machte der orkanartige Sturm jeden Verkehr unmöglich. Fast überall wurden die Lichtleitungen zerstört und an den industriellen Werken großer Gebäudeschaden angerichtet. Auch hier wurden Dachstühle abgehoben und Scheunen weggerissen. Bei Münsterberg stürzte ein 45 Meter hoher Ziegelschornstein ein. Im benachbarten Industriegebiet von Ostrau wurden Dächer abgedeckt und nicht weniger als 23 Fernsprechlinien unterbrochen.

Ein roher Liebhaber.

Auf einer Chaussee bei Berlin war am Sonntag ein junger Mann mit seiner Braut in Streit geraten, weil das Mädchen das Verhältnis lösen wollte. Als sie trotz allen Zuredens bei ihrem Vorsatz blieb, warf der Liebhaber das Mädchen vor ein in voller Fahrt vorbeifahrendes Motorrad. Der Motorradfahrer stürzte ein 45 Meter hoher Ziegelschornstein ein. Im benachbarten Industriegebiet von Ostrau wurden Dächer abgedeckt und nicht weniger als 23 Fernsprechlinien unterbrochen.

Gesteigerter Personenverkehr in der Nachtriegszeit

Aus einer Statistik der Deutschen Reichsbahn ergibt sich, daß im Jahre 1925 im Monat durchschnittlich 175,5 Millionen Personen befördert wurden, während im Jahre 1913 nur 131,4 Millionen die Reichsbahn monatlich benutzten. Das bedeutet für das Jahr 1925 eine Steigerung um genau ein Drittel. Nahezu gleichgeblieben ist dabei die von dem einzelnen Reisenden durchschnittlich zurückgelegte Strecke, die 23,2 Kilometer betrug. Das Jahr 1926 weist allerdings einen erheblichen Rückgang auf, so schwankt in den Hauptreisemonaten Juni—September 1926 die Zahl der beförderten Personen zwischen 148,8 und 161,1 Millionen im Monat. Es ist also selbst in der Zeit des stärksten Reiseverkehrs der Durchschnitt des Jahres 1925 nicht erreicht worden. Dagegen wurden 1926 weitere Strecken als im Jahre zuvor zurückgelegt. Die Zahl der Personenkilometer stieg von 4079 Millionen im Monatsdurchschnitt 1925 auf 4720 Millionen im August 1926, der den stärksten Reiseverkehr aufweist.

Ein Tunnel durch das Eulengebirge?

In Reichenbach i. Schl. fand eine Besprechung der Bürgermeister der Städte Reichenbach und Langenbielau und der Gemeindevertreter zahlreicher Ortschaften der Gegend statt, die dem Plan der Schaffung eines direkten Schienenweges zwischen dem Reichenbacher und dem Neuroder Industriegebiet galt. Dieser neue Schienenweg, der eine Unterkunnelung des Eulengebirges voraussetzt, würde in Verbindung mit dem Plan einer Bahnlinie Heidersdorf—Reichenbach eine direkte Verbindung zwischen Breslau und dem Neuroder Industrierevier herstellen, was für die Kohlenversorgung und Weiterentwicklung zahlreicher schlesischer Industriegebiete von größter Bedeutung wäre. Es wurde daher ein Verkehrsverein gegründet, dem die Förderung dieses Planes obliegt.

Dammrutsch zwischen Stettin und Neubrandenburg. Am Montag früh ist auf der Strecke Neubrandenburg — Stettin zwischen den Stationen Spynholz und Retzka, etwa 10 km von Neubrandenburg entfernt, der Bahndamm weggelackt, so daß die Geleise auf etwa 80 m in der Luft hängen. Bei diesem Erdrutsch, der nach der Durchfahrt eines Personenzuges eintrat, verschwanden etwa 2500 cbm Erde. Der gewaltige Dammrutsch wurde rechtzeitig bemerkt und die benachbarten Stationen benachrichtigt, so daß der morgens gegen ½7 Uhr fällige Zug angehalten wurde. Der Verkehr wird durch Pendelbetrieb aufrecht erhalten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219261123-14/fragment/page=0003

Vereins-Kalender

der SPD., freien Gewerkschaften, geselligen Vereine sowie der sozialist. Frauenzusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg

Sekretariat der SPD. Halle Hors 42/44. Hofgebäude 2 Tr. Fernruf 1029.

Halle

Frauenausschuß. Freitag, den 26. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Sitzung. Vollzähliges Erscheinen erbeten.

SAJ. Heute pünktlich ½8 Uhr Vorstandssitzung. Erscheinen eines jeden Vorstandsmitgliedes ist unbedingt notwendig.

Knorr Haferflocken

mit dem roten Streifen

Leicht quellend. Mildhig-süß. Vitamine.

sind spelzenfrei und lassen schon durch ihr schönes Äußere die gute Qualität und die sorgfältige Fabrikation erkennen. Eine gesunde, leicht verdauliche Kost von hohem Nährwert! Achten Sie auf die Marke Knorr!

Wollene Unterkleider

bleiben weich und halten länger, wenn sie mit LUX-Seifenflocken gewaschen werden. Reiben Sie aber nicht und vermeiden Sie scharfe Waschmittel, die die zarten Wollfasern hart und filzig machen.

Und wie einfach ist die Wäsche! Sie brauchen die Stücke nur im lauwarmen LUX-Schaum auszudrücken u. sie dann mehrmals lauwarm auszuspülen.

Doppelgroße Packung 90 Pfg.
Normalpackung 50 Pfg.

Aus dem Bezirk

Naundorf b. Leuchl. Donnerstag, 25. Nov., abends 8 Uhr Frauenabend bei Wesenigk. Neue Mitglieder und Gäste willkommen!

Naundorf b. Leuchl. Sonnabend, den 27. Nov., abends 8 Uhr bei Wesenigk Wichtige Parteiversammlung. Referent Reichstagsabgeordneter Genosse Krüger.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle

Wir beteiligen uns am Werbeabend der 3. Abteilung am Sonnabend, dem 27. Nov., in Tiemig Restaurant „Deutsche Eiche". Treffpunkt 7 Uhr abends Roßplatz (Straßenbahndepot). Spielleute und Fahnen zur Stelle. Ferdlandt.

3. Abteilung. Donnerstag, den 25. Novemb., abds. 8 Uhr, im „Hardenberg-Kasino" Wichtige Funktionärsitzung. — Sonnabend, 27. Nov., abends 8 Uhr, in Tiemig Restaurant „Deutsche Eiche" Werbeabend. Angehörige und Gäste willkommen. Treffpunkt 7 Uhr abends Roßplatz (Straßenbahndepot).

4. Abteilung. Am Donnerstagabend 8 Uhr Wichtige Funktionärsitzung im Restaurant „Robert-Franz-Halle", Robert-Franz-Straße. Alles muß pünktlich erscheinen.

Ortsgruppe Eisleben. Freitag, den 26. Nov., abds. 8 Uhr Mitgliederversammlung im „Volkshaus". Wichtige Tagesordnung, u. a. Sterbekasse. Pünktliches Erscheinen aller Kameraden erwünscht.

Die Vereine werden gebeten, bei Aufgabe von Mitteilungen für den Vereinsanzeiger stets anzugeben, wie oft oder an welchen Tagen die Mitteilungen erscheinen sollen.

Stadt-Theater

Heute 7968
Dienstag 8 Uhr:
Razzia
Mittwoch 8 Uhr:
Paganini

Walhalla

Tel. 28385. Anf. 8 Uhr.
Nur noch 2 Tage!
Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren.
Ein Spiel von Leng u. Liebe m. Gesang i. 5 Akt. von Thilo Schmidt
(Kleine Preise)
Heute und Mittwoch nachmittag 4 Uhr:
Märchenvorstellung
Gastsp. Kl. Erika Graf
Hänsel u. Gretel
Preise von 30 Pfg. bis 1,50 Mk. 7978

Thaliasaal

Heute u. folgende Tage 8 Uhr abds.:
Olaf
Tragödie eines Sportlers in 8 Bildern.
Karten b. Hothan u. Abendkasse.

Kurhaus Bad Wittekind

Morgen, Mittwoch, den 24. November, nachm. 4 Uhr:
Konzert
ausgef. vom Hall. Symphonie-Orch. Ltg. Benno Blätz. 35 Künstler.
Abends 8 Uhr:
Gesellschaftsabend mit Tanz.
Kapelle Framenhorst
Eigene Konditorei. 7970

Die Würfel

sind gefallen

Bettfedern

kauft man am besten im Bettfedern-Geschäft

Bei uns kauft man besonders preiswert:

Bettfedern

Pfund Mk. 0,90 1,10 1,40 2,20 3,- 4,- 4,50 5,- 6,- 6,50 bis 12,-

Inlettstoffe

Meter von Mk. 1,70 an
— — farbecht und federdicht — —

Hollidaunen

eine besonders schöne, daunige

Gänsefeder Mk. 9,- per Pfund.

Von Hollidaunen genügen zum Füllen eines normalen Oberbettes 4 bis 4½ Pfund.

Wir können so günstig liefern, weil wir Rohware selbst verarbeiten und an Private direkt verkaufen. 7979

Kress & Co.

Halle a. S.
Pfännerhöhe 4 — — Telephon 23332

Kleine Anzeigen

wie
Käufe
Verkäufe
Stellengesuche
Stellenangebote
Wohnungsgesuche
Heiratsgesuche
Tauschgesuche
Geldgesuche
haben im „Volksblatt"
großen Erfolg!

Resucht die Wander-Ausstellung „Gesundes Jugendleben"

in der Turnhalle der Mädchen-Volksschule zu **Eisleben**

Das neue Bücherkreis-Werk

Angela

Roman von A. O. Kolz erscheint

Weihnachten 1926

Schreiben Sie an Zahlstelle „Der Bücherkreis."

Volksblatt-Buchhandlung, Gr. Ulrichstr. 27.

Unsere Leser

werden hierdurch gebeten, bei ihren Einkäufen und beim Besuch von Veranstaltungen nur unsere Inserenten zu

berücksichtigen!

Total-Ausverkauf

wegen Aufgabe des Geschäfts

Räumung bis Anfang Dezember

Barometer, Operngläser, Reisegläser, Dampfmaschinen, Eisenbahnen, Lineals usw.
Sämtliche optische Artikel.

Aeußerst günstige Gelegenheit für Weihnachts-Geschenke

Otto Unbekannt

Grosse Ulrichstrasse 1a 7979

Haarschneiden 40 Pfg. Rasieren 15 Pfg. 7972
Kurt Ehrhardt
Friseur, Harz 36

Auf Kredit

bei niedrigster Anzahlung und selbst zu bestimm. Wochenraten erhalten Sie

Herren-, Damen- und Kinder-Garderobe

Manufakturwaren
Kleiderstoffe, Leinen und Baumwollwaren
Leib- und Bettwäsche
Gardinen, Schuhwaren
fertige Federbetten
Möbel, Spiegel
Polsterwaren

Carl Rasemann

Alte Promenade 351
(an der Hauptpost)
Kredit auch nach auswärts

Gute Reklame

durch inserieren im „Volksblatt" bringt

Gute Geschäfte

Elektr. Kronen

von 21 Mk. an 7683
G. Brose,
Gr. Sandberg 8.

Bücherei des Vereins für Volkswohl

Salzgrafenstraße 2

Ausleihe für jedermann

von 11 bis 12½ Uhr, 4½ bis 7 Uhr bzw. Dienstag und Freitag von 6 bis 8½ Uhr.

Leihgebühr für ein Buch auf 3 Wochen 10 Pfg.

Ueber **12000 saubere Bände** jeder Richtung für alt und jung.

Nähmaschinen
Sprechapparate
Schallplatten
Nadeln
Wringmaschinen
Taschenlampen
Batterien

billigst 7967

Max Schneider

Merseburg, Schmale Straße 19

7477
Ein preiswert gut kauft man **Klavier 4 Sophienstr.**
Pianofachtechniker **Scholz**

Amtliche Bekanntmachungen

Bericht der Fleischpreis-Notierungskommission am städtischen Schlacht- und Viehhofe zu Halle.

Bezahlt wurden am Montag, dem 22. November 1926:

Gattung	Für 50 kg Fleischgewicht in Goldmark: 1. höchster Preis	2. niedrigst. Preis	3. häufigster Preis	Gefriermittel
Ochsen	91	50	85	52—56
Bullen	91	80	88	
Kühe	91	48	85	
Jungrinder	95	90	90	
Mastkälber	—	—	—	
Saugkälber	110	90	105	
Lämmer und Masthammel	100	95	95	
Schafe	85	60	80	
Schweine einschl. Mittel u. Geschlinge	98	92	96	

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219261123-14/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 23. November 1926.

SPD., Ortsverein Halle.

Ortsbezirksversammlungen.

4. Ortsbezirk. Donnerstag, den 25. November, abends 8 Uhr, im Bezirkslokal, Restaurant Max Kloppe, Hardenbergstraße 16, Bezirksversammlung. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Alex Möller.

5. Ortsbezirk. Aus technischen Gründen muß die für Donnerstag, den 25. November, anberaumte Bezirksversammlung auf Mittwoch, den 24. November, abends 8 Uhr, verlegt werden. Vortrag: Städtische Eigenwirtschaft.

11. Ortsbezirk. Donnerstag, den 25. November, abends 8 Uhr, im Bezirkslokal, Restaurant Leuchte, Wörmlitzer Straße 98: Bezirksversammlung. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Heidingsfelder.

13. Ortsbezirk. Donnerstag, den 25. November, abends 8 Uhr, im Bezirkslokal, Restaurant „Feuerwache Süd", Lauchstädter Straße: Bezirksversammlung. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Schulz über das Thema: „Führer und Masse in der Demokratie". Es wird gleichzeitig darauf hingewiesen, daß der 12. und 13. Ortsbezirk am 4. Dezember im „Landhaus", Merseburger Straße, einen Unterhaltungsabend mit Tanz veranstaltet, wozu der Freie Sängerchor und die Reichsbannerkameraden von der 5. Abteilung besonders eingeladen sind.

Deutschlands Schicksal 1927.

Mein Freund Jesajas sagt bisweilen: Wenn es morgen nicht regnet, ist morgen ebenso schönes Wetter wie heute. Ich habe seine Prophezeiungen noch nie als unrichtig gefunden. Er scheint mir also ein großer Prophet zu sein. Darin steckt keinerlei Unlogik. Es ist reine Wissenschaft. Unwiderleglich.

Der Berliner Prophet Dr. (der schwarzen oder weißen Magie?) Hoeker, der gestern abend in der Degenloge vor vollgepfropftem Saal (ist das etwa kein „Zeichen der Zeit?" Wer mag prophezeien?) das Schicksal Deutschlands fürs nächste Jahr prognostizierte, gehört in die nämliche Prophetenkategorie wie mein Freund Jesajas. Er sagte vieles (drei Stunden lang! Tempo: Windschärfe 10). Und, das hat der alte Magier Goethe schon erkannt, damit für manchen manches. Warum soll er nicht recht behalten, wenn er sagt: „Wenn im April keine Finanzkatastrophen oder Parlamentsauflösungen oder Unruhen kommen, dann kann man bestimmt Umwetter oder Umsturz. Und wenn das für Deutschland nicht zutrifft, dann bestimmt für Rußland oder Frankreich oder England." So! Nun rechne man sich die Zahl der Möglichkeiten aus, die in dieser Formulierung steckt.

Ist mein Freund Jesajas ein minderwertigerer Prophet? Höchstens in der Sache. Denn er macht nur in Wetterprognose. Der Berliner Doktor aber „auch" in Politik.

Wilhelm dem Rheumatischen hat er zum Beispiel das Horoskop gestellt. Fehlerfrei! Ganz genau! Ist das vielleicht keine Leistung? Wenn mein Großvater lebte, würde ich es ihm nach der Methode Hoeker jetzt auch stellen können. Ich würde ihm dann sagen: „Schau her, alter Kranter, dein Enkel ist Prophet. Beweis: Du bist ganz genau am 13. Mai 1899 gestorben! Oder stimmts nicht?" Und ich sage Ihnen, der alte Kerl würde Bauklötze staunen angesichts seines prophetischen Enkels.

Und: Die Sozialisten würden im nächsten Jahr rabiat, hat der prophezeit, der Herr Doktor. Wir wollen ihn nur in diesem einen Punkt richtigstellen, und seinen übrigen Wischiwaschi Frau Wiemchen überlassen, die sich an ihn als alleinseligmachenden Glauben klammern möge, falls nicht eine andere Logie demnächst von einem Doktor präsentiert wird. (Aber er muß Doktor sein! Sonst ist's Quatsch für Frau Wiemchen.) Was also, Herr Prophete, die Sozialisten anbelangt, so kann er beruhigt sein. Die werden nicht rabiat werden. Denn die richten sich nicht nach den Sternen. Die schauen zwar auch hinauf zu den ewigen Sternen und „lassen ihr Herz bewegen" von der Erhabenheit des gestirnten Himmels. In der Politik aber beschränken sie sich ausschließlich auf ihre Mutter Erde, auf die ††† Materie, Herr Doktor, und werden jetzt und immerdar auf alle Astro- und Theologen samt ihren Sternen und Himmeln pfeifen.

Mögen die Sterne ihren Weg gehen, wir Sozialisten gehen den unseren!

G. H.

Auto rammt Pferd und Reiter.

Am Montag fuhr in der Freiimfelderstraße ein Personenkraftwagen von hinten gegen einen Reiter, so daß dieser vom Pferd geschleudert wurde. Der Verunglückte, welcher scheinbar innere Verletzungen davongetragen hat, wurde mittels Krankenwagens der Klinik zugeführt. Das Pferd, welches bei dem Zusammenstoß einige Meter mitgeschleift worden war, verendete kurz darauf an der Unfallstelle. Der Fahrer des Personenkraftwagens, welcher nicht im Besitz des Führerscheins war, versuchte, ohne sich um den Unfall zu kümmern, weiterzufahren, wurde jedoch von einem hinzukommenden Polizeibeamten angehalten und festgestellt. Der Kraftwagen wurde schwer beschädigt.

Noch immer nicht ermittelt

ist das seit dem 1. November vermißte Hausmädchen Ida Bergmann aus Brachstedt, am 11. Mai 1906 in Hohen geboren. Die Vermißte war in der Poststraße 13 beim Landgerichtspräsidenten in Stellung und hat am fraglichen Tage gegen Abend ihre Dienststelle verlassen, ohne anzugeben, wohin sie gehen wolle. Seit diesem Zeitpunkte fehlt jegliche Nachricht von ihr. Da auch ihre Angehörigen keinerlei Mitteilungen von ihr erhalten haben und seit ihrem Verschwinden mehr als drei Wochen verstrichen sind, liegt die Möglichkeit nahe, daß ihr ein Unfall zugestoßen ist. Nachstehend wird nochmals eine Personalbeschreibung von der Bergmann gegeben.

Sie ist etwa 155 Zentimeter groß, von untersetzter Gestalt, hat volles rundes Gesicht, hellblondes Haar, braune Augen und auf einem Unterarme ein mit Haaren bewachsenes Muttermal in Größe eines Marksstückes. Die Kleidung, die die Vermißte bei ihrem Weggehen trug, kann nicht genau angegeben werden. Vermutlich hatte sie aber einen blauen Mantel und ein blaues, weißpunktiertes Druckkleid an. Zweckdienliche Mitteilungen, die im Zusammenhange mit dem Verschwinden der Vermißten stehen, nimmt das Polizeipräsidium Halle a. S., Kriminaldirektion, entgegen.

Volkshochschule. In der Vortragsreihe „Beethoven" von Dr. Ottdorf wirkt am Mittwoch, dem 24. November, abends 8 Uhr, in der Aula des Lyzeums I, Alte Promenade 21, die Konzertsängerin Frau Elfriede Hirte (Sopran) mit. Es werden Beethoven-Lieder zum Vortrag kommen.

Die Feuerwehr wehrt Wasser. Gestern wurde die Feuerwehr nach einem Grundstück in der Breitestraße gerufen, wo sich infolge eines Wasserrohrbruches in einem Keller Wasser angesammelt hatte. Die Feuerwehr hatte 4 Stunden Arbeit, bis der Keller ausgepumpt war.

Warnung! Neuerdings ist festgestellt worden, daß die „Deutsche Schwerkriegsbeschädigten-Siedlungshilfe e. V." Sitz Düsseldorf — Niederlassung in Stukenbrock und Hövelhof, Kreis Paderborn — trotz aller Verbote ihre Sammlungen an allen Orten in erhöhtem Maße fortsetzt. Die Verwendung der Werbeaufrufe erfolgt im ganzen Deutschen Reiche. Die gesamte Bevölkerung wird hiermit wiederholt ausdrücklich gewarnt. Spenden an den genannten Verein zu geben, auch wird vor der Uebernahme von Werbezentralen für die Siedlungshilfe dringlichst gewarnt.

Stadtbank-„Untersuchung"

„Zeit gewonnen, alles gewonnen" — das Leitmotiv des Bürgerblocks bei der Untersuchung seines Stadtbankskandals. / Gewaltsame Abwürgung der Debatte über die Verdunkelungsbestrebungen der Hirsch und Kumpanei. / Kleine Lichtblicke für Erwerbslose und Rentner.

Mögliches und Unmögliches.

Auf dem hallischen Stadtbaus.

Der in Zeiten schlimmster politischer Verwirrung gewählte kommunale Rechtsblock treibt nach wie vor die sonderbarsten Blüten. Er benutzt seine Mehrheit in der rücksichtslosesten Weise zur Unterbringung ihm genehmer Kreaturen in städtische Aemter und ist daneben in der Hauptsache bestrebt, die vom vorigen Stadtparlament zum Wohle der Gesamtheit durchgeführte eigene Regie zu beseitigen.

Ein Prachtexemplar dieses nationalen Ordnungsblocks ist zweifellos der November-„Demokrat" Minner. Als im September der Magistrat endlich Rede und Antwort stehen mußte wegen des unerhörten Stadtbankskandals, da stellte sich dieser Musterdemokrat hin und hielt eine Rede, die mit dem Satz begann: „Auch wir verurteilen das Verhalten der mit der Beaufsichtigung und Leitung beauftragten Person auf das entschiedenste. Geradezu unverständlich ist auch uns das Verhalten des Dezernenten, der alle Warnungen in den Wind schlug." Und weiter sagte Herr Minner: „Nun, nachdem der Skandal vor aller Oeffentlichkeit vorliegt und sich durch nichts mehr beschönigen läßt, sind wir entsetzt darüber, wie man uns getäuscht hat." Er forderte peinlichste Untersuchung,

„Gut ge-grient, Hirsch"

die dann bekanntlich mit den Stimmen des Rechtsblocks dem Rechts- und Verfassungsausschuß übertragen wurde.

Wie dieser Rechts- und Verfassungsausschuß die ihm übertragene Aufgabe auffaßt, und wie sich einzelne seiner Mitglieder, insbesondere der von uns mehrfach gekennzeichnete Rechtsvertreter Hirsch, bemühen, aus dem Untersuchungs- einen Vertuschungsausschuß zu machen, das haben wir in den letzten Wochen deutlich gesehen. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten erhob die Linke entschiedenen Protest gegen die Schwierigkeiten, die dem Untersuchungsausschuß bei der Nachprüfung der Stadtbankgeschäfte gemacht werden. Insbesondere wurde der Versuch zurückgewiesen, die Oeffentlichkeit weiterhin über die ganze Schwere des Skandals im unklaren zu lassen oder, wie dies von einigen rechtsgerichteten Mitgliedern versucht wurde, direkt zu belügen.

Wie seit der letzten Rede über den Stadtbankskandal, so fehlte auch gestern Herr Dr. Rive wieder in der Sitzung. Auch der Platz des anderen Hauptschuldigen war leer. Die beiden Bürgermeister hielten es nicht für nötig, bei Besprechung der wichtigsten Angelegenheit der Stadt Halle anwesend zu sein. „Solche städtischen Beamten sind unmöglich!" — hört man murmeln. Der Hallenser irrt sich. Herr Rive und Seydel haben eine starke Rechtsmehrheit im Stadtparlament hinter sich und wirtschaften weiter drauflos, als sei gar nichts geschehen, als wäre der hallische Stadtbankskandal eine Bagatelle. Was brauchen sich diese Herren um die Millionenverluste der Stadtbank zu kümmern? Da sie die anklagenden Worte des sozialdemokratischen Fraktionsredners, der nach Kilians ausführlicher Begründungsrede zu Worte kam, nicht hörten, müssen sie eben hier ausführlicher wiederholt werden.

Stadtverordneter Schaumburg stellte fest, daß die sozialdemokratische Fraktion mit dem festen Willen Klarheit zu schaffen, an die Arbeit gegangen sei. Sie habe an den Beratungen teilgenommen, obwohl sie von vornherein davon überzeugt war, daß die Arbeit schließlich doch zwecklos sein würde. Zuerst schien es euch, als ob im Untersuchungsausschuß Einmütigkeit darin bestand, die Angelegenheit wirklich zu klären. Aber bald bildeten sich zwei Lager:

Hier die Ankläger, dort die Juristen des Bürgerblocks,

die zu verhindern trachteten, daß Licht in das dunkle Treiben der schwarzweißroten Rathausmehrheit gebracht wird. Eine ganz eigenartige Rolle hat dabei der Stadtverordnete Hirsch gespielt, dessen ganzes Geberen treffend gekennzeichnet wird. Herr Hirsch wird von Schaumburg als der Verfasser des in der bürgerlichen Presse als Meinungsäußerung des Rechts- und Verfassungsausschusses gekennzeichneten Berichts bezeichnet. Der Bericht ist

eine einzige glatte Lüge,

denn er gibt ein abschließendes Urteil, bevor noch der Revisionsbericht vorliegt. Wie kommt Herr Hirsch dazu, zu sagen, daß Herrn Seydel keine Schuld träfe? Wie kommt der Herr zu dieser Lüge? (Kein Ordnungsruf! nur eine freundliche Ermahnung zur Sachlichkeit durch den stellvertretenden Vorsteher Hoe. Zuruf links: **Herr Hirsch grient auch noch recht vergnügt!**) Genosse Schaumburg stellt fest, daß der Verfasser des Lügenberichts selbst von seinen eigenen Freunden gewarnt worden sei, und betont dann ausdrücklich, daß der Ausschuß bis heute noch nicht im Besitz der Berichte der Treuhandgesellschaft ist, und daß kein Bericht noch Mitberichterstatter sich äußern konnte. Erst in der nächsten Sitzung soll beschlossen werden, in welcher Reihenfolge die Mitglieder die Berichte der eingehenden Prüfung unterziehen dürften.

Wie leichtfertig Herr Hirsch mit der Wahrheit umspringt,

beweist am besten ein einziger Satz aus dem Prüfungsbericht der Girozentrale, in dem es heißt, daß **nach Lage der Sache Herr Berger hätte sofort von seinem Posten verschwinden müssen.** Das Benehmen des Bürgermeisters Seydel sei im höchsten Grade arrogant. Herr Rive erscheint trotz Ladung überhaupt nicht, um sich über seine Verantwortlichkeit vernehmen zu lassen. Und es ist deshalb kein Wunder, daß selbst Herren von der Rechten bereits den Kopf schütteln über die Art, wie der Ausschuß die Stadtbankaffäre „untersucht". Schaumburg versicherte der Rechten aber, daß ihr und auch Herrn Hirsch nichts geschenkt bleiben würde. Die Wahrheit kommt doch an den Tag!

Mit fröhlichem Lachen ruft Herr Hirsch: „Gut gebrüllt, Löwe!"

Stadtv. Minner, der während der ganzen Dauer der Schaumburgschen Rede außerhalb des Sitzungssaales weilte, kommt, als er geendet, schleunigst in den Saal gestürzt, um Schluß der Besprechung zu beantragen. Weder Herr Hirsch noch irgendein anderes Mitglied des famosen Ordnungsblocks brachte den Mut auf, zu dieser Angelegenheit auch nur ein Wort zu sagen. Das werden zu gegebener Zeit eben die Wähler tun müssen.

Mit den Stimmen der gesamten Rechten wurde die weitere Besprechung des Stadtbankskandals abgewürgt, ebenso der Antrag der Kommunisten, der das Verhalten des Bürgermeisters Seydel sowie das gesamte Untersuchungsverfahren des Ausschusses verurteilt.

*

Zu Beginn der Sitzung verliest der Vorsteher Busse die Zuschrift einiger deutschnationaler Tribünenbesucher, die in der letzten Sitzung ausgewiesen wurden und die sich jetzt über den Stadtv. Flücht beschweren, der sie als „junge Leute" bezeichnet habe. Der deutschnationale Vorsteher leistet bezeichnenderweise der brieflichen Aufforderung der Stahlhelmjünglinge, den Stadtv. Flücht zu veranlassen, seine „Beleidigung" zurückzunehmen, Folge und stößt damit auf allgemeinen Widerspruch der Linken.

Stadtv. Schaumburg weist das merkwürdige Benehmen des Vorstehers energisch zurück und zweifelt daran, daß Herr Busse gegenüber Arbeitern das gleiche Entgegenkommen bewiese. Genosse Schaumburg machte den Vorsteher überdies auf das Benehmen des deutschnationalen Parteisekretärs Poche sowie das des Schuhmachermeisters Arndt, bei dem sich gewiß auch Arbeiter die Schuhe besohlen ließen, aufmerksam. Diese beiden Herren benähmen sich als Tribünenbesucher den linksgerichteten Stadtverordneten gegenüber stets in herausfordernder, unverschämter Weise, ohne daß der Vorsteher bisher gegen sie eingeschritten wäre.

Nach diesem „Vorspiel" gibt der politische Parzival des Stadtparlaments, Dr. Schunke, die persönliche Erklärung ab, daß er nach wie vor Nazisozi sei.

Dann wird in die Tagesordnung eingetreten und zur Beratung der Anträge, die die

Erwerbslosen und Fürsorgeempfänger

betreffen, geschritten. Im Verlauf der Debatte richtet Stadtv. Schaumburg an den Magistrat die Frage, **was aus den vor Monaten vom Stadtparlament angenommenen Anträgen geworden sei, den Erwerbslosen freien Eintritt in den Zoo zu gewähren und im Thaliatheater billige Theatervorstellungen für sie zu veranstalten. Man arbeite im Magistrat offensichtlich darauf hin, die Stadtverordnetenversammlung weiterhin lächerlich zu machen,** denn bis heute habe man diese Anträge ignoriert. Der Magistrat schweigt sich auf die Anfrage Schaumburgs hin aus, so daß wohl stärkere Angapfung sich bei nächster Gelegenheit notwendig machen wird. Stadtrat Welthuysen gibt die Zahlen der Erwerbslosigkeit bekannt. Darnach weist Halle zurzeit auf:

4085 (3264 männliche, 821 weibliche) Arbeitsuchende, 2600 Unterstützungsempfänger (ausschl. 491 Notstandsarbeitern sowie 150 Ausgesteuerte).

Da im Februar 5800 männliche und 840 weibliche Arbeitsuchende vorhanden waren, ist eine erfreuliche Besserung eingetreten. Die Zahl der erwerbslosen Bauarbeiter ist von 1526 auf 244, die der Metallarbeiter von 1700 auf 519 gesunken; 150 Ausgesteuerte fallen in die Krisenfürsorge.

Auf einen Angriff des Stadtv. Kilian (Komm.) erwidert Stadtv. Schaumburg, daß **die Sozialdemokratie es ablehne, die Not der Erwerbslosen politisch auszuschlachten.** Der Kommunist Höcker, der sich, wie stets, durch unparlamentarisches Gebaren auszeichnet, wird wiederholt zur Ordnung gerufen. Schließlich wird ihm das Wort entzogen, was er mit dem Zuruf an den Vorsteher: „Sie können mir den Buckel herunterrutschen!" quittiert. Assistenz leistet bei derartigen Intermezzos stets der Edelkommunist Kutschbauch, der die Rechte in summa als „Bumsköppe" bezeichnet.

Bei den Abstimmungen ergibt sich: **Annahme der Kohlenvorlage,** die wir bereits im Wortlaut veröffentlicht haben. (Fürsorge-Unterstützungsempfänger ledig 60 Pf., verh. 1,20 Mk. monatl. Kohlenzuschuß. Unterstützte Erwerbslose ledig alle 14 Tage ½ Zentner, Verheiratete 1 Zentner Kohlen zum Preise von 50 Pf. pro Zentner.)

Der Antrag der Sozialdemokratie:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Der Magistrat wird ersucht, **bei der Reichsregierung dahingehend vorstellig zu werden, daß nachfolgende Punkte und Anträge von ihr angenommen und durchgeführt werden:**

1. Erwerbslose Arbeitnehmer erhalten ohne Einschränkung **vom dritten Tage** der Erwerbslosigkeit an für die Dauer der Erwerbslosigkeit aus den Mitteln der **Erwerbslosenversicherung** bzw. aus besonderen Reichsmitteln die Erwerbslosenunterstützung.

2. die derzeitigen Unterstützungssätze erhalten eine 50prozentige Aufbesserung.

3. die Bestimmungen über die noch bestehende **Bedürftigkeitsklausel** sowie die Pflichtarbeit werden **aufgehoben,**

4. dem Reichstag wird unverzüglich von der Reichsregierung ein Gesetzentwurf vorgelegt, der eine **weitere Verkürzung der Arbeitszeit unter acht Stunden bei gleichem Lohn in solchen Betrieben und Betriebsabteilungen zwingend vorsieht, in denen die Arbeitsintensität durch Rationalisierungsmaßnahmen gesteigert worden ist.** Das Gesetz soll weiter enthalten, daß bei bereits rationalisierten Betrieben die Verkürzung der Arbeitszeit sofort durchzuführen ist und daß die Wiedereinstellung der infolge der Rationalisierungsmaßnahmen entlassenen Arbeiter bestimmt wird.

5. zur Behebung der Arbeitslosigkeit wird sofort eine Verfügung erlassen, wonach **den Gewerbeaufsichtsbehörden das Recht gegeben wird, in allen Betrieben und Verwaltungsstellen eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzuführen, wenn ein diesbezüglicher Antrag der Betriebsräte und Gewerkschaften vorliegt,**

6. für Betriebsstillegungen und Entlassungen von Arbeitnehmern ist die Zustimmung der Betriebsräte und der in Frage kommenden Gewerkschaften erforderlich,

7. es wird sofort eine Verordnung erlassen, die **das sich immer mehr auswirkende System der Doppelverdiener aufhebt,** wird unter Modifizierung des Punktes 7 **mit 34 Stimmen angenommen.**

Das Gesuch einer Gruppe erwerbsloser Kaufleute wird mit 28:1 (Rechtsblockanwalt Hirsch) **dem Magistrat**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219261123-14/fragment/page=0005

zur Erwägung überwiesen. Die Kommunisten, die sich mit Worten sehr um die erwerbslosen Angestellten bemühten, verschlafen diese Abstimmung und sind, als sie aus ihrem Schlummer erwachen, sogar bereit, dem bei weitem schlechteren Beschluß des Sozialpolitischen Ausschusses zuzustimmen. Es ist aber zu spät.

Ein weiterer Antrag der KPD., ledigen Erwerbslosen und Fürsorgeempfängern 25 Mk., Verheirateten 50 Mk. zu bewilligen, wird mit 26:27 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmen: Kommunisten, Sozialdemokraten und Völkische.

*

Zwischen der Beratung der Erwerbslosenanträge und des Skandals der Stadtbankuntersuchung wurden eine ganze Reihe von Anträgen meist einstimmig und ohne Debatte erledigt. Sie sind aus den Berichten über die Verhandlungen des Haushaltsausschusses unseren Lesern bekannt, so daß sich ihre nochmalige Wiedergabe erübrigt. Einen kommunistischen Antrag betreffend Fürstenabfindung erklärte der Vorsteher als überholt, da die Angelegenheit durch die Beratungen des Landtags erledigt worden ist. Zum anderen verstößt der Antrag gegen die Bestimmungen der Städteordnung, weshalb er ihn zur Besprechung nicht zulassen könne. Die von zwei kommunistischen Rednern beantragte Abstimmung, ob der Punkt Fürstenabfindung im hallischen Stadtparlament erörtert werden soll, wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Die mit einem nicht unerheblichen Ueberschuß abschließende Rechnung über die Mehrfamilienhäuser an der Artilleriekaserne bot dem Genossen Flücht und auch den Kommunisten Gelegenheit, sich dafür einzusetzen, daß den Bauarbeitern, die von einem pleitegegangenen Bauunternehmer um ihren verdienten Lohn geprellt worden sind, ihr Recht werde. Mit eindringlichen Worten ermahnte insbesondere der sozialdemokratische Redner die bürgerliche Mehrheit, sich nicht in einen Streit um Formalien zu verlieren, sondern den Bauarbeitern ihren sauer verdienten Lohn zu geben. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, die Angelegenheit dem Bauausschuß zur Nachprüfung zu überweisen.

Die Magistratsvorlage betreffend Begrenzung des Universitätsspielplatzes auf der Ziegelwiese durch einen Wassergraben an Stelle des die Landschaft verschandelnden Drahtzaunes wurde nicht angefochten, doch stimmte die Mehrheit der Vorlage nur mit der Maßgabe zu, wenn die Universitätsverwaltung veranlaßt wird, den die Anlage verschandelnden Bretterzaun zu beseitigen. Die übrigen Vorlagen wurden, wie bereits betont, sämtlich einstimmig genehmigt. Auch von dem Rechnungsabschluß für 1925, der mit einem Ueberschuß von nahezu 200 000 Mk. abschließt und den die steuerscheue bürgerliche Seite gar zu gern zur Senkung der Realsteuern verwandt wissen wollte, wurde ohne Debatte zur Kenntnis genommen.

Kreistagung der Arbeitsinvaliden.

Im Gewerkschaftshause zu Halle tagten am Sonntag die Kreisdelegierten des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen für den Saalkreis. Die Tagung war zahlreich besucht. Aus dem Geschäftsbericht des Kreisleiters Schoenlank war zu entnehmen, daß die Ortsgruppen des Verbandes zugenommen und sich ausgebaut haben. Er regte an, daß die von der Ortsgruppe Halle beschlossene Demonstration, deren Stichtag durch den Hauptvorstand festgesetzt wird, von den Ortsgruppen des Saalkreises beschickt werden soll. — Aus dem Bericht des Gauleiters Schneider (Magdeburg) über die sozialpolitische Lage sei besonders erwähnt, daß die soziale Fürsorge der Landkreise sehr darniederliege. Sie bleibe sogar unter den vom Preußischen Wohlfahrtsministerium festgesetzten Satz von monatlich 30 Mk. für eine alleinstehende Person. Im Saalkreise werden oft nur 26 Mk. gezahlt. Nur wenn die Sozialrentner des Saalkreises sich organisieren, könne ein Druck auf das Wohlfahrtsamt ausgeübt werden.

In der Aussprache wurden bittere Klagen über das unsoziale Verhalten mancher Gemeindevorsteher geführt. Die Halle zunächst liegenden Ortsgruppen werden geschlossen an der Demonstration teilnehmen. Für die Januar-Gaukonferenz wurden die Kollegen Lauer (Löbejün) und Senff (Könnern) als Delegierte gewählt. Allen Interessenten zur Kenntnis, daß Anfragen an die Geschäftsstelle der Ortsgruppe Halle Martinschule, Zimmer 5, Charlottenstr. 15, zu richten sind.

*

Lotterie der Arbeiterwohlfahrt. Der Umsatz der Lose hat einen ungeahnten Erfolg gebracht. In unserer Bezirksstelle zu Halle ist zurzeit kein Los mehr vorhanden und auch die Zentralstelle in Berlin ist völlig von Losen entblößt. Die von allen Seiten eingegangenen Nachbestellungen konnten daher vorläufig nicht befriedigt werden, doch steht zu erwarten, daß Berlin in den nächsten Tagen wieder liefern kann. Unsere Genossen wollen sich deswegen einige Tage gedulden. Sofort nach Eintreffen neuer Lose werden sämtliche vorliegende Bestellungen ausgeführt.

*

Ammendorf. Gemeindevertretersitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Gemeindevorsteher bekannt, daß der Etat bzw. der Umlagebeschluß von der Regierung in Merseburg genehmigt ist. Alle Einsprüche der Ordnungsblöckler haben nun doch nichts genützt, so daß endlich mit der Einziehung der Steuern begonnen werden kann. Wenn jetzt auf einmal größere Zahlungen fällig werden, so mögen sich die Steuerzahler bei denen bedanken, welche die Schuld an der späten Genehmigung des Etats tragen. Weiter gibt der Gemeindevorsteher bekannt, daß die Anträge der Erwerbslosen im gesetzlichen Rahmen geregelt sind. Hierauf wurden einige Ergänzungswahlen vorgenommen. An Stelle des verzogenen Genossen Stephan wurde der Genosse Walter Böhme in die Beleuchtungskommission gewählt. In die Wohlfahrtskommission wurde an Stelle des verstorbenen Genossen Mutterlose Frau Reinhardt gewählt. An Stelle eines nicht bestätigten stellvertretenden Mitgliedes des Steuerausschusses für den IX. Steuerbezirk (selbständige Handwerksmeister) wurde auf Vorschlag des Finanzamtes der Sattlermeister Bärwald einstimmig gewählt. Hierauf wurde die Stellenzulage für die vereinigte Lehrer-, Kantor- und Küsterstelle des Ortsteiles Radewell, Osendorf und Burg i. A., welche jährlich 504 Mk. beträgt, entsprechend dem Antrage der Regierung bewilligt. Ein Antrag der KPD., aus jeder Fraktion einen Delegierten zum „Kongreß der Werktätigen“ nach Halle zu entsenden, wurde nach kurzer sachlicher Debatte abgelehnt. Die Blitzableiteranlage zum Schulneubau wurde der Firma Henze (Ammendorf) zum Preise von 716,50 Mk. übertragen. Ein Antrag des Saalkreises betreffs Eingemeindung des im Gutsbezirk Beesen gelegenen Siedlungsgeländes der Spar- und Baugenossenschaft „Eigenheim“ wurde einstimmig angenommen. Besser wäre es allerdings, wenn der ganze Gutsbezirk, welcher mitten in der Ammendorfer Gemarkung liegt, endlich ganz von der Bildfläche verschwinden würde, damit die Amtsverwaltung nicht noch neben der Gemeindeverwaltung bestehen müßte. Die Postbehörde ist mit dem Angebot der Gemeinde betreffs Landverkaufs an der Hallischen Straße zum Postneubau nicht einverstanden. Es wird beschlossen, daß das Quadratmeter Land 6 Mk. kosten soll. Die Post braucht aber die projektierte Straße nicht mit aufzukaufen. Die Straßenausbaukosten regeln sich nach den gesetzlichen Bestimmungen. Es ist zu hoffen, daß damit die Bauplatzfrage endgültig geregelt ist und daß nunmehr bald mit dem Postneubau begonnen wird. Hoffentlich schläft der Amtsschimmel nicht ein, so daß im Frühjahr der Bau doch nicht in Angriff genommen wird. Zum Schluß wurde noch einem Geländeaustausch mit den A. Riebeckschen Montanwerken zugestimmt. Hierauf fand eine geschlossene Sitzung statt.

Dölau Baumfrevel. Vom Kreisausschuß des Saalkreises wird uns geschrieben: In der Nacht vom 7. zum 8. November ist auf der Kreisstraße Dölau—Neu-Ragoczy links zwischen km 1,2 und 1,3 von einem jungen Pflanzenbaume die Krone abgebrochen worden. Ferner sind dort 15 Stück neu gepflanzte Bäume mit dem Pfahl und der besonderen Schutzvorrichtung herausgerissen worden. Eine Belohnung bis zu 50 Mk. wird demjenigen zugesichert, welcher den oder die Täter so zur Anzeige bringt, daß eine gerichtliche Bestrafung erfolgen kann.

Aus der Provinz.

Stahlhelm und Jungdo.

Bemerkenswerte Offenbarungen des Stahlhelm.

In einer kürzlich stattgefundenen Mitgliederversammlung hat sich die Ortsgruppe Delitzsch mit dem Jungdo auseinandergesetzt. Veranlassung dazu gab die politische Einstellung des Ordensmeisters Mahraun. Da der Jungdo in Delitzsch vor einiger Zeit zu Propagandazwecken eine Sondernummer auf den Straßen verteilte, mußte der Stahlhelm sich rühren, damit ihm seine Mitglieder nicht etwa davonlaufen. Deshalb wurde in einer langen Entschließung die Stellung des Stahlhelms niedergelegt. Dabei kommt der Jungdo, insbesondere Mahraun, nicht gut weg. Seine Politik wird genannt „eine Verbeugung vor der schwarzrotgoldenen Internationale . . ., ein politisches Abrutschen nach links, der ideologische Versuch eines Kompromisses und der schwächliche und klägliche Verzicht eines Teiles des jungen Deutschlands auf den Willen zur politischen Macht.“ Gegenüber diesem Verrat an der nationalen Sache betont der Stahlhelm, daß er nicht aufhören werde, „die schwarzrotgoldenen Organisationen rücksichtslos zu bekämpfen. Eine Verständigung mit deren Führern . . ., die mit unseren Feinden Hand in Hand arbeiten, um unser Volk wehr- und ehrlos zu machen und zu erhalten, ist für uns eine Unmöglichkeit.“ Das ist bei der Sehnsucht der führenden Geister im Stahlhelm, wieder einmal als Offizier auf die misera plebs herabzusehen, verständlich. Ein Hand-in-Hand-Arbeiten mit andern Völkern, zum Zwecke der Befriedung Europas, paßt nicht in ihren Streifen. Ganz im Gegensatz zu seinem Herrn und Meister Ehrhardt lehnt der Delitzscher Stahlhelm das neue Deutschland der Gegenwart in jeder Form ab. Wie es möglich ist, daß Beamte der Republik, die ihr den Treueid geschworen, dieser Entschließung zustimmen konnten, erscheint unerfindlich. Sie sind aber wahrscheinlich vor der Abstimmung aus dem Saale gegangen. Zum Schluß wird die Hoffnung ausgesprochen, daß der Delitzscher Jungdo Disziplinbruch begehen und seinem Führer Mahraun nicht folgen möge.

Soweit die Entschließung. Für die Festigkeit der nationalen Arbeitsgemeinschaft dürfte sie nicht gerade von großem Vorteile sein.

Nun aber ein Wort zur „objektiven“ Delitzscher Zeitung. Sie bringt einen ausführlichen Bericht über die Versammlung, gibt sehr eingehend das Referat eines weltfremden Gelehrten wieder, der die soziale Frage mit Hilfe naturwissenschaftlicher Erkenntnis zu erklären sucht, ohne die sozialen Verhältnisse zu kennen. Kein Wort sagt die „Delitzscher Zeitung“ über den Inhalt der Entschließung. Will sie bei einem Teil ihrer „nationalen“ Leser nicht anecken? Will sie Vertuschungspolitik treiben, damit ihren Lesern die Augen nicht aufgehen und sie Vernunft annehmen? Oder trifft beides zugleich zu? Wie dem auch sei; die „Delitzscher Zeitung“ hat aufs neue bewiesen, wie sachlich sie zu berichten weiß.

Sangerhausen. Aus der Partei. Die Funktionärsitzung vom Sonnabend nahm ein Referat des Genossen Schulz (Halle) entgegen. Die sehr interessanten und belehrenden Ausführungen des Genossen Schulz über das Thema: „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in Staat und Gemeinde“ wurden beifällig aufgenommen. Eine sehr rege, aber sachliche Aussprache über praktische kommunalpolitische Fragen schloß sich dem Vortrag an. Die Tätigkeit der Stadtverordnetenfraktion wurde einer sachlichen Kritik unterzogen. Es herrschte vollkommene Einmütigkeit darüber, daß versucht werden müsse, die Aktivität der Stadtverordnetenfraktion noch mehr zu steigern. — Beschlossen wurde, in der nächsten Mitgliederversammlung zur Haltung der Landtagsfraktion in der Frage der Hohenzollernabfindung Stellung zu nehmen. Zwei Referenten sollen das Für und Wider behandeln. — Der Vorsitzende gab noch bekannt, daß im Laufe des Winters in jeder Mitgliederversammlung ein belehrender Vortrag gehalten werden soll.

Artern Von der Kuh schwer verletzt. Bei dem Versuch, ein Kuhgespann, das an der Klinke des Hoftores mit dem Geschirr hängen geblieben war loszumachen, wurde die Frau Berta Braune von einer Kuh angegriffen, die ihr den Leib mit den Hörnern soweit aufschlitzte, daß die Därme zerrissen. Die Verunglückte wurde mit dem Auto in das Krankenhaus übergeführt und sofort operiert. Man hofft sie am Leben zu erhalten.

Torgau. Arbeiterwohlfahrtslotterie. Der Verkauf der Lose hat eingesetzt und es wurden erfreulicherweise schon reichlich mehr Lose umgesetzt, als ursprünglich erwartet werden konnte. Die Nachfrage dauert noch stark an. Verkaufsstellen sind bei den Genossen Liesegang („Gute Quelle“) und Malermeister Sprewitz, Schlosserstraße. Ferner hält auch der Zigarrenfabrikant Schubert in der Schulzenstraße solche zum Verkauf.

Torgau Der Volkschor hatte zum Totensonntag einen Vortragsabend arrangiert, der sich eines guten Besuches erfreute und dessen Ausgestaltung die Wünsche größtenteils befriedigte. Die musikalischen Vortragsstücke, ausgeführt von der Kapelle des Musikdirektors Schumann (Dommitzsch), bildeten wohl das Beste des Abends. Der Volkschor wird sich jedoch befleißigen müssen, bei solchen Darbietungen für nötige Ruhe durch Zuhalten der Türen zu sorgen. Das Schauspiel „Den Weg verloren“ zeigte zwar eine befriedigende Darstellung durch die einzelnen Mitspieler, keineswegs jedoch Verständnis für das, was in erster Linie Gewerkschaftler und Parteigenossen seit Jahrzehnten erstreben. Die Auswahl dieses Stückes, noch dazu von Funktionären und Mitgliedern der Partei, läßt Leichtfertigkeit in hohem Grade erkennen. Die gesanglichen Leistungen des Volkschors konnten sehr befriedigen, wenngleich einige besondere Schwierigkeiten nicht überwunden werden konnten. Die sich daraus ergebenden schwachen Stellen wurden jedoch durch den Willen der Mitwirkenden teilweise wieder ausgeglichen.

Falkenberg Ein Versicherungsschwindler. Ein Versicherungsschwindler, der Reisende Alfred Schmidt, welcher erst in Cottbus sein Unwesen getrieben hat, hat auch in Falkenberg sowie in anderen Orten des Kreises Liebenwerda Versicherungsschwindel getätigt. Er besitzt Formulare der Gemeinnützigen Deutschen Versicherungsaktiengesellschaft „Gedevag“ und läßt sich Aufnahmegebühren und Prämien bezahlen. Auf diese Weise ist es ihm gelungen, in Cottbus eine ganze Reihe Gewerbetreibende zu betrügen. Dasselbe Manöver ist ihm auch in Falkenberg und in übrigen Orten des Kreises geglückt. In einem hiesigen Gasthaus hat er eine Zeche von 30 Mk. hinterlassen. Von einem hiesigen Fahrradhändler hat er sich ein Fahrrad auf Nimmerwiedersehen geborgt. Schmidt soll am 13. November 1900 in Berlin geboren sein, ist mittlerer Gestalt (1,65 m), hager, Haar dunkelbraun, grauer Anzug. Mitteilungen über ihn nimmt die Polizeiverwaltung Falkenberg (Bez. Halle) entgegen.

Döllingen. Wieder ein Parteiverein. Hier fand am Sonntag eine Versammlung statt, in der Genosse Dietrich (Falkenberg) über die innen- und außenpolitische Lage sprach. Anschließend an das Referat erfolgte eine lebhafte Aussprache. Der Erfolg des Abends war, daß die Erschienenen die Notwendigkeit der Parteiorganisation anerkannten und eine Ortsgruppe der SPD. gründeten. Vorsitzender: Genosse Karl Krüger, Kassierer: Genosse Ernst Krausch.

Bockwitz. Die Generalversammlung des Konsumvereins am Sonntag war gut besucht. Dem Bericht des Geschäftsführers war zu entnehmen, daß die finanzielle Lage des Vereins äußerst günstig ist. In sämtlichen Verkaufsstellen hat sich der Umsatz ziemlich erheblich erhöht, ein Zeichen dafür, daß die Arbeitnehmer die Notwendigkeit des genossenschaftlichen Zusammenschlusses zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage immer mehr erkennen. Die Bilanz wurde genehmigt und dem Vorstand Entlastung erteilt. Dem Antrag des Vorstandes, fünf Prozent Sparrabatt und ein Prozent Rückvergütung zu gewähren, wurde zugestimmt. Es hat sich die Notwendigkeit herausgestellt, in Naundorf eine zweite Verteilungsstelle einzurichten. Die Generalversammlung war damit einverstanden, ein weiteres Geschäftshaus in Naundorf zu errichten. Die bis dahin in größter Ruhe verlaufene Versammlung wurde zum Schluß recht erregt, da ein nach § 14 des Statuts nicht ordnungsmäßig eingebrachter Antrag nicht zur Beratung kam, womit sich der Antragsteller nicht zufrieden geben wollte.

Grünewalde. Eine Mütterberatungsstunde findet am Donnerstag, dem 25. November, nachmittags 4 Uhr, in der Schule statt.

Naundorf bei Lauchhammer. Parteiversammlungen. In der laufenden Woche hält unser Parteiverein zwei wichtige Zusammenkünfte ab. Donnerstag treffen sich die Frauen zum regelmäßigen Frauenabend, wozu Mitglieder und Gäste eingeführt werden können. Am Sonnabend findet die allgemeine Mitgliederversammlung statt, in der als Referent der Reichstagsabgeordnete Richard Krüger bestimmt erscheinen wird. Außerdem werden eine Reihe wichtiger anderer Angelegenheiten erörtert werden. Schon heute sei darauf hingewiesen, daß sich alle Genossen, Genossinnen und Volksblattleser vollzählig zu dieser Versammlung einfinden müssen.

Naundorf bei Lauchhammer. Unfall. Bei einer Turnübung anläßlich der Werbeveranstaltung der Freien Turn- und Sportvereinigung kam der Jugendturner Kurt Noack am Schluß seiner Kürübung an dem Barren zum Sturz und zog sich dabei eine Knochensplitterung des linken Armgelenkes zu. Der Verunglückte konnte nach Anlegung eines Notverbandes der Elternwohnung zugeführt werden.

Merseburg-Querfurt.

Merseburg, den 23. November 1926.

Grober Unfug eines Schupobeamten.

Ein gerichtliches Nachspiel zu dem angeblichen Merseburger Eisenbahnattentat.

Das angebliche Merseburger Eisenbahnattentat, das vor mehreren Wochen die Oeffentlichkeit sehr erregte, hat jetzt ein gerichtliches Nachspiel. Der Oberwachtmeister Erxleben von der Merseburger Schutzpolizei, durch dessen Wachsamkeit und Geistesgegenwart damals angeblich ein Eisenbahnattentat verhütet worden sein soll, hatte sich am 15. November vor dem Einzelrichter des Amtsgerichts Merseburg wegen groben Unfugs und Schießens an von Menschen bewohnten Orten zu verantworten. Trotz des dringenden Verdachts, daß der Angeklagte das Attentat nur fingiert hatte, um seinen Ehrgeiz zu befriedigen und Karriere zu machen, konnte das Gericht, nachdem der Verteidiger in längeren Ausführungen auf Freisprechung plädiert hatte, sich nicht von der Schuld des Angeklagten überzeugen und sprach ihn frei.

Der Amtsanwalt hatte für jeden Fall der beiden Uebertretungen 50 und 100 Mk. Geldstrafe beantragt. Wahrscheinlich wird die Staatsanwaltschaft Revision einlegen.

Zweierlei Recht.

Vor der Strafkammer in Halle wurde vor kurzem der Landesoberinspektor S. aus Merseburg mit einer geringen Geldstrafe belegt. Trotzdem dem S. schwere Verfehlungen (unter anderem hat er sich jahrelang Fahrgelder und Spesen auszahlen lassen für Dienstreisen, welche er gar nicht ausgeführt hat) nachgewiesen wurden, fiel die Bestrafung so gelinde aus. Ueberdies erhält S. auch noch von der Provinzialverwaltung in Merseburg zur „Belohnung“ für seine Taten die Hälfte Monatsgehalt als Gnadenpension.

Während also hier sehr gelinde geurteilt wird, wurde unser Genosse Landesschulrat Stötzel aus Braunschweig dafür, daß er anstatt zweiter Klasse dritter Klasse fuhr und sich zweiter Klasse bezahlen ließ, mit ein Vierteljahr Gefängnis bestraft. Dort jahrelanger Betrug, hier einmaliges Vergehen.

Es bleibt damit bei dem zweierlei Recht.

Unverändert ist auch in der letzten Berichtswoche der Stand der Erwerbslosenziffer geblieben; ebenso wie am 13. November waren auch am 20. November 160 unterstützte Erwerbslose in Merseburg.

Frankleben. Parteibewegung. In der am Sonntag stattgefundenen Mitgliederversammlung wurden die örtlichen Parteiverhältnisse besprochen und ein Ueberblick über den Stand der Organisation und der Zeitung gegeben. Zum Zeitungsexpedienten und Parteikassierer wurde der Genosse Schubert einstimmig gewählt. Sodann hielt Genosse Kämpf (Merseburg) noch einen kurzen Vortrag über die allgemeine politische Lage. Die Versammlung zeigte, daß es auch in Frankleben wieder vorwärts mit der Parteibewegung geht.

Wehlitz. Tödlicher Unglücksfall. In der hiesigen Papier- und Pappenfabrik stürzte der Arbeiter Ad. Dauer aus Schkeuditz beim Ausladen von Baumwollballen aus ganz geringer Höhe ab und schlug so unglücklich mit dem Kopfe auf, daß er sich eine schwere Gehirnerschütterung zuzog. Der sofort hinzugezogene Arzt konnte nur den bereits eingetretenen Tod infolge innerer Gehirnblutungen feststellen.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 23. November 1926.

Siedlungspläne.

Der Siedlungsausschuß „Mansfelder Land“, dem Vertreter der Kommunalverbände, der Industrie und der Landwirtschaft angehören, nahm in seiner letzten Sitzung den Bericht seines Geschäftsführers über den Stand der Planungsarbeiten entgegen. Die aufgestellten Pläne a) 1 Gemeindegrenzenplan, b) 1 Plan über die Bodenschätze, c) 1 Plan über die Bevölkerungsbewegung, d) 1 Plan über die Verkehrsbelastung der Provinzialstraßen, e) 1 Grünflächenplan, f) 1 Flächenaufteilungsplan u. a. bewiesen, in wie hohem Maße der Ausschuß seiner Bestimmung, die wirtschaftliche und verkehrstechnische Entwicklung des hiesigen Industriegebietes zu erforschen und in bestimmte Bahnen zu lenken, bereits gerecht geworden ist.

Besonderes Interesse erweckte eine Karte des Mansfelder Landes, deren öffentlicher Verkauf bereits längere Zeit versucht worden ist, ohne bei den Gemeinden und Schulen überall auf das erwartete Verständnis zu stoßen.

Die Zusammenfassung des hiesigen Siedlungsausschusses mit denen der anderen Bezirke zu einem Gesamtsiedlungsausschuß im Regierungsbezirk Merseburg, insbesondere sein Hinübergreifen nach Anhalt, sichern ihm in unserem Wirtschaftsleben eine einzigartige Stellung und berechtigen zu der Hoffnung, daß die Ausbeutung der Bodenschätze unseres Landes mit seinen Siedlungsaufgaben in vernünftigen Einklang gebracht wird. Es ist beabsichtigt, die Arbeiten des Ausschusses der breiten Oeffentlichkeit in einer besonderen Ausstellung zugänglich zu machen.

Wanderausstellung „Gesundes Jugendleben“.

Die Ausstellung ist am Dienstag, 23. November, bis abends 10 Uhr das letzte Mal geöffnet. Der Besuch der Ausstellung ist durchaus zu empfehlen. Dienstag abend werden in der Ausstellung unter Leitung von Fräulein Hoppe Volkstänze geboten werden. Ferner wird voraussichtlich der Mandolinen-Klub die Besucher durch musikalische Vorträge erfreuen.

Alsleben. Bau der neuen Saalebrücke. In einer gemeinschaftlichen Sitzung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung erklärten sich die Vertreter einstimmig bereit, zu dem beabsichtigten Brücken-Neubau Alsleben-Mukrena eine Baukostensumme bis zu 150 000 Reichsmark aufzubringen. Mit den jetzigen Besitzern der Pontonbrücke soll wegen der Fährgerechtigkeit und Beteiligung an den Baukosten verhandelt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219261123-14/fragment/page=0006

Gewerkschaftliches.

Bezirkswirtschaftsschule des ADGB.

Der Bezirksausschuß des ADGB. für den Bezirk Sachsen-Anhalt hat beschlossen, eine Bezirkswirtschaftsschule für Gewerkschaftsfunktionäre einzurichten. Diese Bezirkswirtschaftsschule ist ein Versuch, die Bildungsarbeit für die Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte zentral aufzubauen und organisch fortzuführen. Zu diesem Zwecke wird die Provinz Sachsen in 16 Unterbezirke eingeteilt. Die Vororte, d. h. solche, an welchen der Unterricht erfolgt, sind folgende: Bernburg, Burg, Halberstadt, Wernigerode, Neuhaldensleben, Calbe a S., Stendal, Dessau, Eilenburg, Falkenberg, Merseburg, Sangerhausen, Weißenfels und Wittenberg. Die Großstädte Magdeburg und Halle bilden eigene Bezirke.

Der Unterricht wird durch Wanderlehrer erteilt, welche regelmäßig ausgetauscht werden. Die Lehrer sind erfahrene Gewerkschaftsangestellte. Der Unterricht findet am Wochenende statt, d. h. er beginnt Sonnabendabend von 6—9 Uhr und wird am folgenden Sonntag von 9 bis 12 Uhr fortgesetzt. Die Ortsausschüsse des Vororts haben das Unterrichtslokal zu stellen. Während des Unterrichts darf nicht geraucht und dürfen keine alkoholischen Getränke genossen werden. Weiter haben die Vororte für die Unterbringung der Teilnehmer von auswärts zu sorgen. Diese kann entweder in Freiquartieren bei Gewerkschaftskollegen oder in billigen Massenquartieren erfolgen. Fahrgelder oder sonstige persönliche Auslagen der Teilnehmer hat der entsendende Ortsausschuß oder die Gewerkschaft zu tragen. Die sonstigen Unkosten übernimmt die Bezirksbildungskasse, so daß der Unterricht unentgeltlich erteilt wird.

Der Unterrichtsstoff wird einheitlich gestaltet. Er beginnt mit der Gewerkschaftsgeschichte, Arbeiterrecht, Arbeiterversicherung, Sozialpolitik und Wirtschaftslehre. Der fernere Unterrichtsstoff wird in gemeinsamen Konferenzen der Lehrer festgelegt werden.

Die Zahl der Teilnehmer wird nach der Stärke der Ortsausschüsse festgesetzt. Die Mindestzahl der Teilnehmer an den Unterrichtskursen soll im ganzen 40 betragen, jedoch 50 nicht übersteigen. Durch Führung einer Anwesenheitsliste wird der Besuch der Teilnehmer an Unterricht festgestellt werden. Am Schlusse eines Unterrichtsabschnittes erstattet der Lehrer einen schriftlichen Bericht, welchem auch Vorschläge für die fernere Ausgestaltung und Verbesserung des Lehrplans beizufügen sind.

Die Verteilung der Ortsausschüsse der Provinz auf die Vororte mußte unter Berücksichtigung der Bahnlinien erfolgen. Sie ist einstweilen folgendermaßen erfolgt, kann natürlich nach Bedarf auch anders zusammengelegt werden:

1. Bernburg, Aschersleben, Aßleben a. S., Gröbzig, Harzgerode, Hoym, Nienburg a. S., Köthen.
2. Burg b. M., Genthin, Jerichow, Loburg.
3. Halberstadt, Thale, Quedlinburg, Oschersleben.
4. Wernigerode, Ilsenburg, Osterwieck.
5. Neuhaldensleben, Gardelegen, Oebisfelde, Wolmirstedt, Klötze, Weferlingen.
6. Calbe a. S., Schönebeck, Barby, Staßfurt, Leopoldshall, Förderstedt, Egeln.
7. Stendal, Rogätz, Tangermünde, Tangerhütte, Osterburg.
8. Dessau, Jeßnitz, Raguhn, Oranienbaum, Gommern, Aken a. E., Roßlau, Zerbst.
9. Eilenburg, Bad Schmiedeberg, Delitzsch, Dommitzsch, Düben, Torgau.
10. Liebenwerda, Falkenberg, Bockwitz, Elsterwerda, Herzberg, Mühlberg a. E.
11. Merseburg, Lützen, Mücheln, Schkeuditz, Querfurt.
12. Sangerhausen, Artern, Eisleben, Hettstedt, Helbra.
13. Weißenfels, Naumburg, Schkölen, Teuchern, Zeitz.
14. Wittenberg (Bez. Halle), Bitterfeld, Coswig i. A., Gräfenhainichen, Zahna, Annaburg.
15. Halle und 16. Magdeburg bilden besondere Bezirke.

Durch diese Einteilung ist es möglich, daß sich etwa 1200 Gewerkschaftsfunktionäre in der Provinz ein grundlegendes Wissen anzueignen vermögen. Wenn es am notwendigen Eifer und der Unterstützung der Interessenten nicht mangelt, muß dieser erste Versuch gute Früchte tragen.

F. Wernicke, Bezirkssekretär.

Die Braunkohlenbergarbeiter rüsten.

Die Kündigung des Mehrarbeitszeit-Abkommens im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau haben die Bergarbeiter aller Reviere auf den Plan gerufen. Die Bestrebungen der Tarifverbände, eine kürzere Arbeitszeit zu schaffen, hat allerorts freudigen Widerhall gefunden, der in einer großen Anzahl von Versammlungen zum Ausdruck gebracht wurde.

Am Sonntag fanden in Teutschenthal und Oberröblingen sehr stark besuchte öffentliche Bergarbeiterversammlungen statt, in denen nach beifällig aufgenommenen Referaten einstimmig Entschließungen angenommen wurden, in denen dem Bergarbeiterverband das vollste Vertrauen ausgesprochen wurde. Die Versammlungen verpflichteten sich, durch unermüdliche Agitation für eine Stärkung des Verbandes zu sorgen.

Der Verlauf der Versammlungen war glänzend. In Oberröblingen waren die Werksgemeinschaftler und Nationalsozialisten erschienen, haben es aber trotz mehrfacher Aufforderung nicht gewagt, den Parolen des Verbandes entgegenzutreten.

Starkbesuchte Versammlungen fanden auch in den Bitterfelder, Anhalter, Bornaer Revieren und im Geiseltal statt.

2000 Mark für die englischen Bergarbeiter.

Die Ortsverwaltung Halle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes beschloß in der gestrigen Sitzung, den kämpfenden englischen Bergarbeitern durch den Hauptvorstand des DMV. 2000 Mk. zu überweisen.

*

Dieser Beschluß ist zu begrüßen und sollte zur Nachahmung antreten. Wenn sich auch der heroische Kampf der englischen Bergarbeiter seinem Ende zuneigt, so werden doch noch Wochen und Monate vergehen, bis die Betriebe wieder sämtlich in Gang gesetzt und die englischen Bergarbeiter restlos wieder untergebracht sein werden. Es erfordert daher die internationale Klassensolidarität, daß für die Unterstützung der Opfer des Kampfes gesorgt wird.

Lohnbewegung in der Schuhindustrie.

Die an der letzten zentralen Lohnregelung in der Schuhindustrie vom August 1925 beteiligten Arbeiterverbände haben vor kurzem an die Fabrikantenverbände die Forderung gerichtet, den Tariftundenlohn, der bisher 70 Pf. in der Spitze betrug, auf 80 Pf. zu erhöhen. Der bisherige Tariftundenlohn genügte schon lange nicht mehr; denn die Verteuerung des Lebensunterhalts ist fortgeschritten, und in der Krisenperiode wurden vielfach Lohnregulierungen nach unten vorgenommen. Trotzdem lehnten die Unternehmerverbände neue Lohnverhandlungen ab. Die am 22. November 1926 in Berlin stattgefundene Beiratssitzung nahm mit Entrüstung von dem ablehnenden Antwortschreiben der Schuhfabrikantenverbände Kenntnis. In einer scharfen Entschließung weist der Beirat darauf hin, daß das Verhalten der Arbeitgeber eine völlige Außerachtlassung tariflicher Verpflichtungen bedeute und dadurch eine besondere, gegen die Arbeiterschaft gerichtete Schärfe erhalte, als sich das Spiel der Arbeitgeber bereits zum dritten Male wiederhole. Ferner stehe das Verhalten der Arbeitgeber im Widerspruch zu der offiziellen wiederholten Versicherung der Arbeitgeberverbände, daß Lohnfestsetzungen durch direkte Verhandlungen der Vertragsparteien vorzunehmen sind. Die Vertreter der Arbeiter der Schuhindustrie müssen daher, so schließt der Protest, die Verantwortung für die sich daraus ergebenden Folgen den Schuhfabrikanten überlassen.

Tagung der Versicherungsangestellten.

Der Reichsfachausschuß der im Zentralverband der Angestellten (ZdA.) organisierten Versicherungsangestellten tagte am 17. und 18. November 1926 im Erholungsheim des ZdA. in Bad Finkenmühle (Thür.). Neben organisatorischen und Agitationsfragen beschäftigte sich der Reichsfachausschuß mit der allgemeinen Wirtschaftslage und deren Auswirkung auf das Versicherungsgewerbe, insbesondere auf die wirtschaftliche und soziale Lage der Versicherungsangestellten. Ebenso eingehend wurde auch zur Frage der Kündigung des Reichstarifvertrages Stellung genommen. Die arbeitsreiche Tagung, bei der die ehrenamtlichen Kollegen mehrfach ihre uneingeschränkte Anerkennung der wertvollen organisatorischen Arbeit des ZdA. für die Versicherungsangestellten zum Ausdruck brachten, wird zur weiteren Förderung der freigewerkschaftlichen Versicherungsangestelltenbewegung in hohem Maße beitragen.

Die Christlichen für den Achtstundentag.

Im christlichen Gewerkschaftshaus in Bochum fand eine stark besuchte Versammlung der Vertreter aller christlichen Gewerkschaften des Bezirks Bochum statt, die sich zu einer Kundgebung für den Achtstundentag gestaltete. Eine Entschließung fordert von den Parteien die Annahme des verlangten Arbeitszeitnotgesetzes zur Wiederherstellung des Achtstundentages, für den technisch die wirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben seien.

Sport und Spiel.

Arbeiter-Athletenbund. 5. Kreis

1. Bezirk.

Nach kurzer Unterbrechung nehmen am Sonntag, dem 28. November, die **Serien-Ringkämpfe um die Bezirksmeisterschaft** ihren Fortgang. Die 3. Serie wird in Merseburg im „Kasino" ausgekämpft und haben sich die betreffenden Vereine hierauf einzurichten. Die Vereinsvorstände und technischen Leiter haben dafür zu sorgen, daß die Mannschaften pünktlich zur Stelle sind. Mannschaften, die in Merseburg verspätet oder nicht voll antreten, erhalten Punktverluste und werden außerdem die Vereine mit einer Strafe von 10 Mk. belegt. Im Interesse der Athletikbewegung hoffe ich, hiervon keinen Gebrauch machen zu müssen, zumal die Veröffentlichung zeitig genug erfolgt ist, so daß sich jeder darauf einstellen kann. In der 3. Serie finden folgende Kämpfe statt:

A-Klasse. 6. Kampf: Achilles — Adler. Kampfrichter: A. Kirchhoff (Atlas), A. Rost (Germania-Felsenfest), P. Hammer (Sportklub 09). 7. Kampf: Kraftsportklub 1920 (Merseburg) — Sportklub 09. Kampfrichter: K. Hansen (Achilles), R. Biercu (Adler), R. Philipp (Germania-Felsenfest). Germania-Felsenfest ist frei.

B-Klasse. 3. Kampf: Germania-Felsenfest — Kraftsportklub 1920 (Merseburg). Kampfrichter: Fr. Wetzel (Achilles), Fritz Schröder (Sportklub 09), Franz Schröder (Adler). Achilles und Adler sind frei.

Listenführer zu den Ringkämpfen stellt Merseburg drei Mann. Als Kassierer fungieren die Sportgenossen Zacharias und Birkholz von Achilles, die sich am Sonntagfrüh um 8 Uhr mit dem Bezirkskassierer am Riebeckplatz (Straßenbahn-Haltestelle Merseburg) treffen.

Außer den oben genannten Ringkämpfen finden noch Boxkämpfe in vier Gewichtsklassen (Fliegen-, Feder-, Leicht- und Mittelgewicht) zwischen Sportklub Atlas und Achilles statt. Als Kampfrichter fungiert Sportgenosse Sander (Eiche-International). Ferner hat jeder hierbei beteiligte Verein einen Sekundanten zu stellen. International und Achilles stellen je einen Punktrichter.

Die in Merseburg stattfindenden Jiu-Jitsu-Vorführungen werden von der Jiu-Jitsu-Abteilung Germania-Felsenfest ausgeführt und haben die betreffenden Sportgenossen pünktlich und bestimmt zu erscheinen.

Die für die Kassenbesetzung bestimmten Sportgenossen treffen sich Punkt 8 Uhr auf dem Riebeckplatz, Merseburger Haltestelle. Alle anderen, Ringer, Kampfrichter, Boxer, Jiu-Jitsuer, der technische Ausschuß, treffen sich pünktlich um ½9 Uhr ebenfalls an der Haltestelle der Merseburger Ueberlandbahn. Der Serienkampf in Merseburg soll gleichzeitig eine Propaganda-Veranstaltung für die Schwerathletik sein und müssen wir daher mit den Kämpfen pünktlich um ½11 Uhr beginnen. Es ist Ehrensache jedes Sportlers, zur festgesetzten Zeit an der Abfahrtstelle zu erscheinen.

Eine weitere Benachrichtigung an den Kämpfen erfolgt nicht und sind die vorstehenden Mitteilungen bindend.

J. A.: Ahlig, techn. Leiter

Entscheidungsrunde um die Bezirksmeisterschaft in Leipzig.

Gruppenmeister Eilenburg — Frisch auf (Wurzen) 1:1 (0:0). Das knappe Vorergebnis entspricht dem Spielverlauf vollauf. Eilenburg, das weit leicht überlegen war, gelang erst in letzter Minute das Ausgleichstor. Dem Spielverlauf hätte eher ein Sieg Eilenburgs entsprochen. Am kommenden Sonntag wird der Gruppenmeister Eutritzsch gegen Wurzen antreten.

30jähriges Bestehen der Dresdener Arbeiter-Radfahrer.

Die Ortsgruppe Dresden des Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität" konnte dieser Tage ihr 30jähriges Bestehen feiern. Bei der aus diesem Anlaß veranstalteten Gründungsfeier zeigte der Verein sein erfolgreiches sportliches Können. Mit glänzenden Vorführungen wurteten die beiden Kunstfahrer und Olympiameister Gebrüder Leonhard (Dresden) auf. Das Fest beschlossen Radballspiele.

Vereinsmitteilungen

Turnverein „Jahn", Merseburg. Ich mache auf die am Mittwoch, dem 24. November, abends 8 Uhr, stattfindende Vorstandssitzung bei Turngenossen Kipp aufmerksam. Es ist Pflicht eines jeden Vorstandsmitgliedes sowie Unterkassierers, zu erscheinen. Außerdem findet Freitag, den 26. November, unsere fällige Mitgliederversammlung im gleichen Lokale statt. (7940

Rundfunk.

„Funkball."

Wissen Sie, was ein Funkball ist? — Nun, jedenfalls eine Sache, die sich verlohnt, mitzumachen. Gelegenheit dazu bietet der Arbeiter-Radio-Klub Halle am kommenden Sonnabendabend im „Volkspark". Diese Veranstaltung erhält eine besondere Anziehungskraft durch die Mitwirkung der großen Funkkapelle vom Leipziger Sender unter Leitung ihres bekannten Dirigenten Hilmar Weber und der Solistin Gertrude Bauer (Sopran). Die Funkhörer werden also einmal in der Lage sein, den Leipziger Künstlern von Angesicht zu Angesicht, statt nur im Kopfhörer, zu lauschen.

Rundfunk-Programme.

Leipzig (Welle 357,1).

Mittwoch: 3 bis 4 Uhr: Uebertragung von Königswusterhausen. 4,30 bis 6 Uhr: Märchennachmittag für Kinder: Die Himmelfahrt des kleinen Peter. 6,30 bis 6,45 Uhr: Morsekursus. 6,45 bis 7 Uhr: Arbeitsmarktbericht. 8,15 Uhr: Wettervorauslage und Zeitangabe. 8,30 Uhr: Dichter und Techniker. 10 Uhr: Sportfunk. Funkpranger.

Königswusterhausen (Welle 1300).

Mittwoch: 12 bis 12,30 Uhr: Französisch für Schüler. 12,30 bis 12,40 Uhr: Mitteilungen des Reichsrätebundes. 3 bis 5,30 Uhr: Englisch für Anfänger. 3,30 bis 4 Uhr: Englisch für Fortgeschrittene. 4 bis 4,30 Uhr: Dr. Erna Haslacher-Friedenstal: „Der Strafvollzug bei Jugendlichen". 4,30 bis 5 Uhr: Berichte aus dem Zentralinstitut. 5 bis 5,30 Uhr: Ministerialdirektor Prof. Dr. Richter: „Zulassung zum Hochschulstudium ohne Reifezeugnis". 5,30 bis 6 Uhr: Geh. Rea.-Rat Cleinow: „Das heutige Rußland". 6 bis 6,30 Uhr: Dr.-Ing. A. Schroeder: „Der Dieselmotor und seine Anwendung". 6,30 bis 7 Uhr: Dr. Blatzer: „Internationaler Vergleich der Lebenshaltungskosten". 7 bis 7,30 Uhr: Wilmar Mönkeberg, Kollmar: „Rückert". 7,30 bis 8 Uhr: Prof. Dr. Traeger: „Der deutsche Anteil an den Entdeckungs- und Eroberungsfahrten des 16. Jahrhunderts. 8,30 Uhr: Blasorchester. 10,30 bis 12,30 Uhr: Tanzmusik.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft u. Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Lokales und Kommunalpolitik: G. Kalparek; für Gewerkschaftliches und Provinz: Alfred Bielepp; für Sport, Rundfunk und Jugend: Heinz Hadicke; für den Anzeigenteil: Wilh. Herzig, sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., Harz 42/44.

Aus dem Geschäftsleben.

Mignon-Kakao wird aus edelstem Rohmaterial hergestellt. Modernste Fabrikationsmethoden und die ständige Kontrolle durch einen approbierten Nahrungsmittelchemiker bieten Gewähr für die vollkommene Erhaltung des den Kakaobohnen eigenen köstlichen Aromas. Mignon-Kakao wird deshalb seit Jahrzehnten von den deutschen Hausfrauen bevorzugt.

MAGGI's Fleischbrühwürfel

geben, nur in kochendem Wasser aufgelöst, vorzügliche Fleischbrühe, die als Frühstücksgetränk, für Fleischbrühsuppen und Soßen Verwendung findet.

Gebrüder Goldmann
Merseburg, Kl. Ritterstraße 4
Größtes Spezial-Schuhwarenhaus
Qualitätswaren zu billigsten Preisen

Merseburg

Paul Ehlert Nfg.
Das führende Haus für Porzellan Glas Haushaltwaren
Merseburg
Niedrigste Preise

Otto Zielke
Färberei u. chem. Waschanstalt
Einziger Betrieb am Platze
Fabrik: Hallische Straße 30
Läden: Gotthardtstr. 28 Hallische Str. 30
Telefon 220

Th. Ebert Nachf.
Optische Anstalt
Institut wissenschaftlich richtiger Augengläser
Entenplan 13

C. F. Siebert
Feinkosthaus
Nordsee-Fischhalle
Merseburg Markt 33

Otto Bretschneider
Merseburg, Kl. Ritterstr. 5
Eisenhandlung
Haus- und Küchen-Geräte

OTTO WIRTH
Damenkonfektion, Kleiderstoffe, Damenwäsche
Gardinen und sämtl. Aussteuer-Bedarfsartikel
Telefon 549 **Merseburg** Burgstr. 9

Bernhard Reiche / Merseburg
Entenplan 3 Telefon 354
Größte Spezial-Abteilungen in
Seiden-, Kleider- und Herren-Stoffen :-: Herren-, Damen- und Kinderwäsche :-: Leinen und Baumwollwaren :-: Bettfedern :-: Gardinen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192611 23-14/fragment/page=0007

Kunst • Wissenschaft • Leben

Alexandra Kollontay.

Von Antonina Vallentin.

Von der neuen russischen Gesandtin in Mexiko, der die Vereinigten Staaten die Durchreiseerlaubnis verweigert haben, hat man in diesen Tagen viel, und nicht immer Richtiges, gelesen. Unsere Mitarbeiterin entwirft hier auf Grund persönlichen Wissens ein fesselndes Charakterbild:

Alexandra Kollontay unterscheidet sich äußerlich nicht im geringsten von Frauen, die schon früher in der Politik eine große, wenn auch nicht so unmittelbare Rolle gespielt haben. Sie ist nicht mehr jung. Um die einst strahlenden Augen lagern sich jetzt schwere, müde Schatten, aber man erkennt trotzdem die frühere auffallende Schönheit. Die Vertreterin der Arbeiter- und Soldatenrepublik sieht nicht anders aus als die Frauen früherer Zeiten, deren Schönheit und Geist Geschicke von Völkern bestimmten. Mittelgroß, mit dunkelblondem Haar um das runde slawische Gesicht, ein zwingendes Lächeln auf den weichen Lippen, ein unendlich bewegter Ausdruck mit jähen Uebergängen von Ernst zu Fröhlichkeit und — wahrscheinlich erklärt sich daraus die starke Wirkung ihrer Persönlichkeit — eine tiefe, dunkle Stimme mit samtenen Klängen. Die großen Frauen der Geschichte, die Pompadours und Dubarrys, müssen diese dunkelgefärbten, sinnlichen Stimmen gehabt haben. Man sieht, auch die Sowjets haben auf den alten, verführerischen Typ der Weiblichkeit zurückgegriffen.

Alexandra Kollontay ist in einer Zeit des großen Freiheitskampfes der Frau geboren, der in Rußland mit dem Kampf um die Freiheit des Volkes fiel. Damals verlangten russische Mädchen nach der intellektuellen Befreiung und sahen sie im Studium, das ihnen Gleichberechtigung mit dem Manne verlieh. Das Land der Freiheit war damals die Schweiz, und, wie unzählige junge Russinnen, ging auch das junge Mädchen nach Zürich und studierte dort Nationalökonomie. Sie gehörte schon damals der Partei an, dieser dunklen, unterirdischen Organisation, die an Stelle der nüchternen sozialdemokratischen Funktionärarbeit von heute den ganzen Zauber illegitimen Wirkens setzte. Sie wurde bald „zur Arbeit" zurückgerufen. Schon im Jahre 1898 ist sie wieder in Rußland und wird durch das ganze Martyrium der damaligen Zeit, durch Verfolgung, Gefängnis, Flucht gehetzt. Es gelingt ihr, dem Schlimmsten durch Flucht ins Ausland zu entgehen. Sie kommt nach Deutschland und arbeitet in engster Verbindung mit der Sozialdemokratie. Sie ist mit den Führern der Partei befreundet. Der Ausbruch des Weltkrieges überrascht sie ohne Papiere und Ausweise, die Angehörige einer feindlichen Macht. Sie fällt der Spionageangst zum Opfer und wird verhaftet, aber zufällig findet man bei ihr die Einladung zum Sozialdemokratischen Kongreß in Wien, und sie wird sofort freigelassen. Bald begibt sich Alexandra Kollontay nach Schweden, der Zentrale aller Unzufriedenen und aus Rußland Verbannten. Liebknecht hatte ihr den Paß besorgt. Auf Betreiben ihrer deutschen Freunde fährt sie dann zweimal nach Amerika.

Als die erste russische Revolution ausbricht, befindet sie sich in Norwegen, und dieser Umstand ermöglicht es ihr, als eine der ersten an Ort und Stelle zu sein. Sie wird ins Zentralkomitee gewählt, ist die erste Frau in der Sowjetexekutive. Sie wird auch nach der Oktoberrevolution der erste weibliche Minister im Kabinett, Volkskommissar für die öffentliche Fürsorge. Alexandra Kollontays großes Verdienst ist die Mobilisierung der Frauenkräfte. Während ihrer Tätigkeit in Deutschland hatte sie die Einrichtungen zum Schutz von Mutter und Kind studiert, die so hochstehende deutsche soziale Fürsorge eingehend in ihrer praktischen Auswirkung beobachtet, und wandte nun, nachdem ihr die Machtmittel zur Verfügung standen, ihre Erfahrungen in Rußland an. Sie hat sich auch mit der Entwicklung der Kommunalhäuser mit dazugehörigen Krippen befaßt, aber als die Tätigkeit nach den ersten Kampfjahren in Kleinarbeit abzugleiten begann, sehnte sich die aktive, temperamentvolle Frau nach einer neuen Arbeit, einer neuen Kampfatmosphäre. Sie wurde, als erste Frau, bevollmächtigte Gesandtin im Auslande. Sie kam nach Norwegen auch als Handelsvertreter der Sowjetregierung und hat dort den russisch-norwegischen Handelsvertrag abgeschlossen.

Meine Frage, ob dieser Präzedenzfall der Einführung eines weiblichen Gesandten irgendwelche Schwierigkeiten gemacht hat, verneint Alexandra Kollontay lachend. Nur die bloße Formalität der Antrittsvisite mußte so gelöst werden, daß Frau Kollontay, wie jeder neuankommende Minister, bei den Kollegen zuerst ihre Karte abgeben ließ. Auch die interne Bureauarbeit, die Stellung zum männlichen Personal, hat ihr, wie sie behauptet, keine Schwierigkeit bereitet. Selbstverständlich knüpften sich um diese ungewöhnliche Frau verschiedene Legenden. Man erzählte sich von den Pariser Toiletten, die sie sich zu der Audienz beim König habe kommen lassen, dem besonderen Luxus, den sie bei ihrer Kleidung entwickelt habe. Ihr tiefes, gurgelndes Lachen verneint alle Legendenbildung — und vielleicht ist wirklich die Eleganz ihrer Erscheinung nichts weiter als die Haltung einer Frau, die den gewöhnlichsten Kleidern einen besonderen Schick abgewinnt.

Nach dreieinhalb Jahren ihres Wirkens in Norwegen trat Alexandra Kollontay im Mai dieses Jahres aus Gesundheitsrücksichten einen Urlaub an. Sie verbrachte ihn in deutschen Bädern und bat nach ihrer Wiederherstellung um Versetzung nach irgendeinem der südlichen Posten. In der Zeit ihrer norwegischen Tätigkeit hatte sie Muße, ein Buch zu schreiben, das sehr viel Aufsehen erregt hat. „Wege der Liebe" nennt sie es. Die erste Novelle schildert die Wandlung der Liebe durch die Generationen, die ausschließliche Einmündung des Gefühls bei der Großmutter, den Kampf zwischen zwei Männern bei der Mutter und die Liebe um der Liebe willen bei der Enkelin. Aber über diese Entwicklung eines Frauengefühls hinaus, das sicher nicht auf das heutige Rußland beschränkt ist — auch Wells gibt in seiner Christina Alberta das Mädchen von heute, dem die Liebe zum Manne bloßes Mittel zur Befreiung wird —, wächst sich Alexandra Kollontays Buch zu einer ungeheuren Anklage gegen das russische System aus. Man sieht die grauenhaften Trümmer eines früheren Lebens, auf dem man keine neue Form aufzubauen versuchte, man sieht den Kampf mit dem Elend einer Existenz, die die bitterste, dunkelste, hoffnungsloseste Not des Körpers und des Geistes ist. Man sieht den durch keinen einzigen neuen Wert erhellten Kampf gegen Korruption und Unterdrückung. Die Nep-Bourgeoisie hat die früher herrschenden Klassen ersetzt, und es ist derselbe verächtliche Sieg satter, skrupelloser Kräfte, derselbe Untergang eines reinen Wollens — nur daß die Formen dieses Kampfes noch bitterer, die letzte Verzweiflung auf dieser durch Revolutionssturm ausgebrannten Erde noch hoffnungsloser werden als anderswo.

Sicherlich war sich Alexandra Kollontay dessen nicht bewußt, welche furchtbare Anklage ihr Buch herausschleuderte. Ihre Stellung bei den Vertretern der Sowjetmacht muß ungemein stark sein, wenn es ihr nach diesem Buch noch gelungen ist, sich in ihrer Stellung zu erhalten und nicht in Ungnade zu fallen wie Radek und Ruth Fischer. Vielleicht ist auch Mexiko weit, und man glaubt, es wisse noch nichts von den Wegen der Liebe. Vielleicht ist die Ueberlegenheit, die sich schlau und abwartend hinter Alexandra Kollontays werbendem Lachen verbirgt, ein zu großes Aktivum, um von den Führern der Sowjets nicht ausgenutzt zu werden.

Der Erfinder der Heliogravüre gestorben.

Aus Wien wird uns geschrieben: Im Alter von 85 Jahren ist hier soeben der Graphiker Karl Klic gestorben, der sich als humoristischer Zeichner und Karikaturist, besonders aber durch die Erfindung der Heliogravüre einen Namen gemacht hat. Klic, ein geborener mährischer Tscheche, gab zuerst in seiner Heimat ein tschechisches Witzblatt heraus, war dann in Budapest und Wien als Illustrator humoristischer Blätter tätig und beschäftigte sich gleichzeitig mit Photographie. In Anwendung dieser Kunst auf die Graphik wurde er der Erfinder der Heliogravüre. Diese Erfindung suchte er später als Leiter einer graphischen Anstalt in England zu verwerten, wo er auch als Mr. Kley mit politischen Karikaturen großen Erfolg hatte. Als wohlhabender Mann kehrte er von England nach Wien zurück, wo er bis in die letzte Zeit an der Verbesserung seiner Erfindung arbeitete.

Ein Millionenprozeß, der 15 Jahre dauerte. Aus Buenos Aires wird gemeldet, daß der Oberste Gerichtshof jetzt einen Prozeß zu Ende geführt hat, der nicht weniger als fünfzehn Jahre dauerte. Es handelt sich dabei um einen Streit um das Eigentum an den Eisenminen von Algaaraba, die ungefähr eine Milliarde Pesos wert sein sollen, und von denen man allgemein annimmt, daß sie zu den reichsten Minen der Erde gehören. Der Prozeß ist seinerzeit von der „Hochofengesellschaft von Correl" gegen zwei frühere Angestellte angestrengt worden, die zunächst die Konzession zur Ausbeutung der Minen auf eigene Rechnung erwarben und sie dann an eine deutsche Gesellschaft weiter verkauften, bevor sie ihre Stellung in der Hochofengesellschaft aufgaben. Der Oberste Gerichtshof hat jetzt entschieden, daß die beiden Angestellten im Recht waren.

Mignon
Kakao
1/4 Pfund
60, 40, 30 Pfg.
seit Jahrzehnten von deutschen Hausfrauen bevorzugt
Mignon-Schokoladen-Werke David Söhne A.-G. Halle (Saale)

Sämtliche Büro-Bedarfsartikel
Fernsprecher 28742 Otto Jacobs Fernsprecher 28742

Wringmaschinen, Ersatzwalzen (Qualität, 5 Jahre Garantie) Gummi-Bieder, Halle a. S., Große Steinstraße 81.

Indizien

Eine Kriminalnovelle von **Paul Garde.**

8] **(Nachdruck verboten.)**

„Na, das werden wir schon noch rauskriegen. Umsonst sind wir ja nicht Polizei."

Sie standen im Hausflur, vor dem noch immer die Schutzmannskette die Menge zurückhalten mußte. Mit Erlaubnis des Arztes und des Assessors waren Männer und Frauen darangegangen, die Spuren des Unheils wegzuspülen und zu scheuern. Der Geruch frischen Wassers mischte sich mit dem des Blutes zu einer unbehaglichen Atmosphäre.

„Ja, Herr Doktor, ich gehe gleich hinüber und verhöre das Mädchen — Sie wollen wohl nach Hause. Bekomme ich Ihr Gutachten heute noch?"

Der Assessor liebte rasche Arbeit. Der Arzt versprach, das Schriftstück bis zum Nachmittag fertig zu machen — die Sache läge ja völlig klar, meinte er.

Wie er sich verabschiedete, kam Kommissar Starke durch das Tor und meldete sich bei dem Assessor. Dieser informierte ihn und schloß: „Ihre Sache wird sein, festzustellen, wie die Verhältnisse hier im Hause lagen, Sie kennen die Leute ja, es ist ja ihr Revier."

Zusammen gingen sie nach hinten, verhörten das Dienstmädchen des Käsehändlers. Sie verhielt sich auffallend einsilbig. Zuerst behauptete sie, sehr früh, spätestens um zehn Uhr nach Hause gekommen zu sein, natürlich allein, wie sich das so gehöre. Erst als der Inspektor ihr scharf und laut vorhielt, daß sie noch um elf mit einem fremden Mann im Flur gesehen worden war, besann sie sich plötzlich darauf.

Das wäre ein Herr gewesen, den sie in der „Alhambra" beim Tanzen kennen gelernt hätte und der sie nach Hause bringen wollte. In allen Ehren natürlich. Und da wäre doch nichts dabei.

Der Assessor interessierte sich nicht dafür, sondern fragte kurz: „Der Name?"

„Weiß nicht. Wenn man sich so beim Tanzen kennen lernt, fragt man nicht gleich nach dem Taufschein."

„Antworten Sie gefälligst anständig auf das, was Sie gefragt werden."

„Ich weiß es nicht, sonst würd' ich's doch sagen."

„So. Herr Kommissar, führen Sie das Mädchen ab!"

Das war zuviel. Das Mädchen stieß einen Schrei aus und bat und flehte, ihr doch das nicht anzutun. Sie wäre ein anständiges Mädchen und hätte noch nie etwas mit der Polizei zu tun gehabt."

„Na also, wer war es?"

Das Mädchen zögerte noch, aber auf eine ungeduldige Bewegung des Assessors zu Starke fiel sie zusammen.

„Ich sage es ja schon. Fritz — Fritz Braumann. Es war ja nur, der Meister hatte ihm das Haus verboten, und da wollte er natürlich nicht, daß es jemand merkt."

„Das Haus verboten?" Der Assessor sah Starke triumphierend an. Dieser fiel ein: „Fritz Braumann, der Geselle, der vor zwei Monaten hinausgeworfen wurde?"

„Ja, wir waren heimlich verlobt. Aber er durfte ja nicht mehr das Haus betreten, und ich würde auch fliegen, wenn ich mich mit ihm sehen ließe, hat der Meister gesagt."

„Schon gut. Ziehen Sie sich an und kommen Sie mit", sagte scharf und laut der Assessor.

„Ich — nein, Herr Rat, ich bin ja ganz unschuldig, ich hab's ja auch gesagt."

Starke legte ihr besänftigend die Hand auf die Schulter. „Es geschieht Ihnen ja nichts, Sie sollen ja nur eine ordnungsmäßige Aussage auf dem Revier machen, und das übrige wird sich finden. Je ruhiger Sie sind, desto besser geht es."

Es war Starke nicht recht, daß der Assessor so schnell zugriff. Aber was sollte er machen, er war der Untergebene. Und ohne Zweifel, ein gewisser Verdacht ließ sich nicht von der Hand weisen.

So kam es, daß die Menge vor dem Hausflur doch noch einmal auf ihre Kosten kam: als zwei Schutzleute das weinende Mädchen aus dem Flur brachten und es in eine Pferdedroschke luden. Sofort teilte sich die Menge in redende und streitende Parteien. Die einen waren wütend, schimpften auf die Polizei, die ein unbescholtenes Mädchen so mir nichts dir nichts abführte. Die anderen machten tiefsinnige Gesichter und taten so, als ob sie schon alles wüßten. Irgendeiner wußte von Minnas Verhältnis mit Fritz Braumann und flüsternd, wie eine große Heimlichkeit, wurde das Bild für die Neugierigen fertig gemalt. Man war schon viel weiter als die Polizei, man wußte völlig Bescheid über den Mord. Wie wird's denn gewesen sein? Braumann hatte dem Meister aufgelauert, wollte vielleicht wieder eingestellt werden, wollte vielleicht ihm auch eine Tracht Prügel verabfolgen. Der Meister hatte Nein gesagt, im ersteren Falle — er hatte ihm eine Ohrfeige gegeben, daß er in irgendeine Ecke flog, im zweiten Falle — na, jedenfalls hatte sich Braumann hinreißen lassen, ihn von hinten niederzuschlagen. Schön war's nicht. Und vor allen Dingen dumm. Denn Braumann war letzten Endes doch der Dumme, so wenig es auch um den Schlächter schade war.

Die Menge wurde rührselig. Sie bedauerte den Schlächter, aber sie bedauerte noch viel mehr Fritz Braumann, den Zweiundzwanzigjährigen, der sein Leben durch eine solche Dummheit nun verkaut hatte. Ja, ja, der verfluchte Jähzorn ... Der arme Junge, die arme Braut!

*

Wie ein unheimlich tiefes, dunkles Loch gähnte der Hausflur Oststraße 88 an dem Abend nach dem Morde. Wie eine Höhle, in deren Innern ein Tier saß, das mit magnetischer Gewalt die Leute anzog und zurückscheuchte. Es waren zwei Ströme, die Oststraße hinauf und die Oststraße hinab. Und beide hatten ein Ziel, den Hausflur, in dem man den toten Schlächtermeister gefunden hatte. Die herabgelassenen Jalousien des Schlächterladens wirkten wie Leichentafeln. Es gab Frauen, die einen halben Tag vor dem Hausflur standen, ihre Besorgungen versäumten, dreiviermal schauergeschüttelt in den furchtbaren Hausflur gingen, schiefe, hastige Blicke auf die Steintreppe werfend, an der der Tote gelegen hatte. Die jungen Burschen, die Arbeitslosen gingen überhaupt nicht von dem Haus weg, den ganzen Tag über. Eine Doppelpatrouille der Polizei mußte den ganzen Tag über die Oststraße abmarschieren, jedesmal, wenn sie an dem Hausflur vorbeikam, „Unbefugte" aus ihm herausholen. Nur eine Frau hatte wenig Gedanken für die Mordtat übrig: Frau Krüger. Wie gehetzt hatte sie ihre Einkäufe erledigt und dann in der Wohnung gesessen, brütend über das Verschwinden ihres Sohnes. Sie sann und sann. Sie ließ ihre Gedanken zurückwandern, suchte alle Gelegenheiten zusammen, bei denen sie ihm Unrecht getan haben konnte, kam aber immer wieder zu dem Ergebnis: nein, er hatte keinen Grund gehabt, so plötzlich zu verschwinden. Und eine wahnsinnige Angst schlug in ihr hoch, sie ahnte, nein, sie wußte: er war gar nicht verschwunden, man hatte ihn verschleppt, man hatte ihn vielleicht sogar — Gott, wenn ihm dasselbe geschehen wäre, was man da unten mit dem Schlächter getan hatte.

Als die Dämmerung kam und damit die Stunde, in der ihr Mann von der Arbeit heimkehrte, hielt sie es oben nicht mehr aus. Sie mußte hinunter, ihm entgegen, mußte einen Menschen haben, mit dem sie sprechen konnte, der sie hörte, der ihr antwortete, der sie aufrecht hielt. Als sie an der Tür stand, die den Aufgang vom Hausflur abschloß, schrak sie zurück. Das Gewirr der neugierigen Stimmen vor dem Flur, der häßliche Geruch, der ihr zum erstenmal auffiel, die Erinnerung an die Tat erzeugte in ihr ein Gefühl, als wäre sie im Begriff, in einen Abgrund zu stürzen. Erst als andere Hausbewohner von oben herunterkamen, ihr die Tür öffneten, bekam sie Mut genug, mit hinauszugehen. Man sprach sie an, sie hörte es nicht, sie sah nicht die Leute, die vor dem Hausflur herumstanden, sie sah überhaupt nichts von dem Hausflur, sie hätte niemand sagen können, wie sie auf die Straße gelangt war. Und erst als sie eine feste, warme Hand faßte, kam sie zu sich.

„Was ist Ihnen, Frau Krüger? Sie fallen ja um."

Es war Starke, der Kriminalkommissar, der die wankende Frau bemerkt und sie aufgefangen hatte.

„Was ist Ihnen? Soll ich Sie nicht nach Hause bringen? Sie sehen aus wie der Tod."

Verwirrt sah sie auf, erkannte den ehemaligen Freund, erkannte aber auch den Kriminalkommissar. Kriminalkommissar, das hing zusammen mit Mord und Flucht, hing zusammen mit jenem toten Schlächter und hing es nicht auch zusammen mit ihrem Sohne? Sie stieß ihn vor die Brust und lief, lief so schnell sie konnte. Starke sah ihr nach, überrascht, befremdet. Was hatte Frau Krüger? Er hatte doch den Leuten nichts getan? Daß die Freundschaft nicht mehr so innig war, seitdem er zur Polizei gegangen? Aber nein. Da war etwas anderes, sie war ja vollkommen fertig gewesen, die Frau. So hatte er sie noch nie gesehen. Grübelnd ging er weiter.

Wieder hielt jemand Frau Krüger auf. Diesmal war es ihr Mann. Sie hing sich erschöpft an seinen Arm. Erst nach geraumer Zeit konnte sie auf seine besorgte Frage antworten.

Aber das Furchtbare, das eben in ihr aufgetaucht war, als sie sich Starke gegenüber gesehen, brachte sie nicht über die Lippen.

„Was ist dir, Anna, was fehlt dir?"

„Nicht hier, nicht auf der Straße — komm nach Hause. Ich hielt es oben nicht aus, ich mußte dir entgegengehen, und da —" Sie schüttelte sich.

Der Mann versuchte sie zu trösten, es gelang ihm nicht recht.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219261123-14/fragment/page=0008